Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Von mehreren Blättern gebrachte Meldung von einer Reise des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe nach Prag findet vorläufig noch keine Bestätigung. — Vom Herrenhaus wurde die Galizische Grundentlastungsvorlage unverändert angenommen, die Linke war für Zuweisung der Frage an das Reichsgericht eingetreten, hatte aber keinen dementisprechenden formellen Antrag gestellt. Der neue Eisenbahn-Personentarif wurde vom Herrenhause ebenfalls unverändert angenommen. Ministerpräsident Graf Taaffe sprach darauf die Vertagung des Reichsraths aus.

In Wien fand gestern vormittag in Anwesenheit des deutschen Botschafters Prinzen Reuß und Gemahlin die feierliche Eröffnung des von letzterer gestifteten deutschen Erzieherinnen-Heims statt. An der Feier nahmen auch Prinz Gustav von Sachsen-Weimar, die Gesandten von Baiern, Sachsen und Würtemberg, sowie zahlreiche Angehörige der deutschen Kolonie theil. Die Stifterin übergab das Heim seiner Bestimmung mit dem Wunsche, das schöne Werk der Menschenliebe möge blühen zum Wohle deutscher Frauen und Mädchen. — Gestern begannen die Inspizirungen des Brucker Lagers durch Kaiser Franz Josef. In der Suite desselben befanden sich auch der deutsche Militär-Attaché Major v. Deines, sowie die hier eingetroffene Deputation preußischer Offiziere. Die Inspizirung währte von 6 bis 9¾ Uhr vormittags.

Wie die „Wiener Ztg." meldet, hat der Kaiser dem diesseitigen Gesandten am baierischen Hofe, Fürsten Wrede, die Geheimrathswürde verliehen.

Im böhmischen Landtag beantragte Graf Kinsky, sämmtliche den Ausgleich betreffenden Vorlagen einer 27gliedrigen Kommission zu überweisen. Im Namen der Jungtschechen erklärte Kutschera, dieselben bekämpften die Zuweisung der Vorlagen an eine Kommission nicht, weil sie die Macht nicht hätten, dieselbe zu verhindern, und weil alles versucht werden solle, um das Schädliche in der Vorlage abzuändern. Der Redner beantragte eine 36gliedrige Kommission. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der des Grafen Kinsky angenommen. Auf das Verlangen Gregr's läßt der Präsident gegen 800 Petitionen gegen die Ausgleichsvorlagen verlesen. Der Antrag der Jungtschechen, die Regierung aufzufordern, alle Ausgleichsprotokolle vorzulegen, wurde gemäß der Geschäftsordnung behandelt.

Frankreich. Die radikalen pariser Journale beschäftigen sich vielfach mit der Thatsache, daß ein Theil der monarchischen Rechten seit einiger Zeit stets für das Ministerium stimmt. Sie behaupten, daß diese Schwenkung nicht aufrichtig sei und daß die Rechte damit nur das Kabinet kompromittiren und in den Augen der Wähler diskreditiren wolle. Der „Temps" tritt nun dieser Auffassung entgegen, indem er der Ansicht Ausdruck giebt, daß, wenn die Monarchisten der Republik wirklich diese Falle stellen wollen, es Pflicht aller Republikaner sei, derselben dadurch auszuweichen, daß sie die Einigkeit unter sich aufrecht erhalten. Wenn dies der Fall ist, so werde man es nicht nöthig haben, die Voten der Monarchisten in Betracht zu ziehen. Die Republikaner haben dann nur die Politik des Ministeriums zu unterstützen, die bereits zwei vorzügliche Ergebnisse gehabt hat: die Vernichtung des Boulangismus und den, wenn auch nur scheinbaren, Verzicht der Monarchisten auf ihre dynastischen Hoffnungen. Uebrigens sei das regierungsfreundliche Votum der Rechten durchaus nicht auf eine Intrigue zurückzuführen, sondern lediglich die Frucht einer Pression der öffentlichen Meinung auf die monarchischen Vertreter.

In der Kammer gelangte gestern das Gelbbuch über die Berliner Arbeiterschutz-Konferenz zur Vertheilung; dasselbe umfaßt 20 ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannte Schriftstücke und die Protokolle über die Sitzungen der Berliner Konferenz.

Italien. Der Schatzminister brachte gestern in der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf ein, wonach die durch das Gesetz vom Jahre 1885 genehmigten Eisenbahnobligationen künftig zu 4 Proz., frei von jedem Abzug für gegenwärtige und künftige Steuern, emittirt werden sollen.

Aus Rom schreibt man uns: Großes und peinliches Aufsehen erregt hier die Verhaftung eines hohen Funktionärs des Finanzministeriums. Derselbe wurde infolge monatelanger Ueberwachung plötzlich als Dieb und Fälscher entlarvt. Seit Jahren hatte er den Staatsschatz um bedeutende Summen geplündert und einen Theil des Raubes auf der Bank von London angelegt. Gerichtsweise verlautet, daß auch mehrere Abgeordnete bei der dunklen Angelegenheit stark kompromittirt sind und daß noch andere Verhaftungen in der Luft hängen. Auf die Gepflogenheiten gewisser hoher Beamten in Italien wirft dieser Skandal ein grelles Streiflicht. — Auch Francesco Crispi erachtet es für angezeigt, in Zukunft aus bestimmten Gründen nicht mehr mit der intimen Freundschaft Bismarck's zu prunken. Wiederholt hat er in den letzten Tagen verschert, seine Beziehungen zum Exkanzler seien weniger mehr politischer wie persönlicher Natur gewesen, und heute stünde er mit ihm nicht mehr in direktem Verkehre. Bei Crispi nimmt sich diese Betheuerung freilich etwas egoistisch aus, denn was wäre er wohl, wenn Bismarck ihm nicht den Weg zum höchsten Staatsamt freundschaftlich geebnet hätte? —

Großbritannien. Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär des Ackerbaudepartements Chaplin, daß angesichts der in Deutschland herrschenden Maul- und Klauenseuche es unthunlich sei, die Vieheinfuhr aus Schleswig-Holstein augenblicklich zu gestatten. — Der deutsche Botschafter Graf v. Hatzfeld wurde vorgestern nach Schloß Windsor zur Königin befohlen und zur königlichen Tafel geladen.

Bulgarien. Aus Sofia meldet der Telegraph, daß daselbst am Dienstag der sensationelle und mit größter Spannung erwartete Prozeß gegen den Major Paniza und dessen Mitangeschuldigte begonnen hat. Der Andrang zu demselben ist sehr groß und war der Zuhörerraum bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die Sekretäre der diplomatischen Agenten von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Italien, Rumänien und Serbien waren anwesend. Das Kriegsgericht erklärte sich gegenüber dem Einwand mehrerer Vertheidiger, welche die Kompetenzfrage erhoben hatten, für kompetent.

*

Kleinere telegraphische Mittheilungen.

* **Algier,** 20. Mai. Gestern plünderten Araber am Markttage in Guelma israelitische Verkaufsläden und überfielen die Besitzer, welche sich widersetzten, so daß Militär einschreiten mußte. Drei Araber wurden getödtet, ein Polizei-Agent verwundet und etwa 100 Verhaftungen vorgenommen. Aehnliche, jedoch minder ernste Vorgänge sollen in den letzten Tagen auch in Constantine, Jemappes und Oued-Zenati vorgekommen sein.

* **Meran,** 20. Mai. Die Großherzogin-Mutter Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin ist heute von hier nach Baden-Baden abgereist.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

10. Sitzung vom 20. Mai, 1 Uhr.

Die dritte Berathung der Gewerbenovelle wird fortgesetzt.

Preußischer Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Nach den gehörten Reden ist die Aufnahme des Entwurfs im allgemeinen keine ungünstige gewesen. Auch der sozialdemokratische Redner hat sich mit einem Theil derselben einverstanden erklärt; daß aber ein Führer der Sozialdemokraten nicht mit dem Entwurf einverstanden sein kann, der nicht alle Forderungen der Sozialdemokraten erfüllt, ist ja eine Thatsache, auf die man gefaßt sein muß. Den Vorwurf aber, daß durch den Einfluß der Unternehmerpresse die Bestimmungen des Kaisers einfach unter den Tisch gefallen seien, muß ich zurückweisen. Es ist in Preußen nicht angängig, die Bestimmungen Sr. Maj. einfach unter den Tisch fallen zu lassen, sondern wenn ein Minister glaubt, daß dieselben zur Zeit nicht ausführbar sind, so muß er seine Bedenken dem König vortragen, und werden dieselben nicht anerkannt, so fällt nicht die Bestimmung, die der König getroffen hat, sondern der Minister, und ihm folgt ein anderer, der zur Ausführung der betreffenden Bestimmung geeignet ist. Die verbündeten Regierungen haben den Entwurf fertig gestellt, wie er nach ihrer Meinung den vorhandenen Bedürfnissen entspricht, und ist unbeeinflußt geblieben von politischer Parteimeinung und Parteipresse.

Der Entwurf bedeutet einen entschiedenen Schritt auf der Bahn verständiger Sozialreform, der nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ein erfolgreicher Versuch zur Anbahnung des sozialen Friedens ist. Natürlich hat überall dabei der Gedanke mitgespielt, die Industrie lebensfähig zu erhalten, und zu diesem Zwecke haben die sorgfältigsten Prüfungen stattgefunden, unter besonderer Beachtung auch der früheren Erörterungen im Reichstage und der Verhandlungen der internationalen Konferenz, welch letztere eine werthvolle Bürgschaft dafür geben, daß die internationale Ausgestaltung des Arbeiterschutzes in Europa in keiner Weise unmöglich erscheint. Eine deutsche Ueberjagung der Verhandlungen der Konferenz wird in allernächster Zeit erscheinen.

Als zweifelfrei erscheint in der Vorlage die Bestimmung über das Verbot der Sonntagsarbeit und die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Hier sind wir davon ausgegangen, den Arbeitern die Möglichkeit des Besuchs des Gottesdienstes zu schaffen und ihm zugleich den Aufenthalt in seiner Familie an Sonn- und Festtagen zu ermöglichen. Des weiteren soll die nöthige Rücksicht auf die körperliche und geistige Entwickelung der Kinder und auf die Kräftigung der Frau, auf der ja auch die Kräftigung der kommenden Generation beruht, genommen werden.

Der Hauptreinwand betraf die Bestimmungen über den Kontraktbruch. Ich gebe aber zu erwägen, daß, wenn man in den Grenzen des Durchführbaren für die Interessen der Arbeiter sorgt, es auch recht und billig ist, solchen Ausschreitungen gegenüber gesetzliche Bestimmungen zu treffen, die sich in der letzten Zeit, namentlich bei den Arbeiterausständen, in immer zunehmenden Maße und in einer das öffentliche Wohl gefährdenden Weise gezeigt haben, Bestimmungen gegen das Zunehmen der Zügellosigkeit der Arbeiter und die Vergewaltigung der Ausständigen gegen diejenigen Arbeiter, die sich an einem Streike nicht betheiligen wollen, sowie endlich gegen die fast zur Regelmäßigkeit gewordene völlige Nichtachtung der vertragsmäßigen oder rechtmäßigen Kündigungsfrist seitens der Arbeiter. Nach einer mir vorliegenden Uebersicht aus 30 Regierungsbezirken Preußens haben vom 1. Jan. 1889 bis 1. April 1890 574 größere Arbeitsentwickelungen stattgefunden. Von den hierbei betheiligten 2,341,169 Arbeitern sind 206,895, also mehr als 87 Proz., kontraktbrüchig geworden. Das beweist, daß die Heiligkeit des gegebenen Wortes und Vertrages völlig außer Acht gelassen worden ist, und unter solchen Umständen hat die Gesetzgebung dasselbe Recht und dieselbe Pflicht, derartigen Ausschreitungen gegenüberzutreten, wie den auf Ausbeutung der Arbeitskraft gerichteten.

Der Maximalarbeitstag ist ein völlig diskutirbarer Gegenstand. In Deutschland existirt nicht die Auffassung, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse des männlichen erwachsenen Arbeiters prinzipiell ausgeschlossen sei. Wenn die verbündeten Regierungen aber dennoch keine Bestimmung über den Maximalarbeitstag der erwachsenen männlichen Arbeiter in den Entwurf aufgenommen haben, so geschah das lediglich in der Erwägung, daß die augenblicklichen Verhältnisse es nicht ausführbar erscheinen lassen, die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter auf eine bestimmte Stundenzahl zu beschränken. Uebrigens vertreten zahlreiche Arbeiterkreise eine ähnliche Anschauung. Als die sozialistische Arbeiterpartei in Belgien vor dem 1. Mai d. J. die dortige katholische Arbeiterpartei aufforderte, sich an der Demonstration für den achtstündigen Normalarbeitstag zu betheiligen, lehnte letztere dies ab mit dem Bemerken, daß die Frage der gleichmäßigen Einschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden sehr verwickelt sei und zunächst eingehende Untersuchungen über die industriellen Verhältnisse erfordere nach der Richtung, ob die Anforderungen an das Budget des Arbeiterhaushaltes nicht dadurch beeinträchtigt werden und ob die gewerblichen Unternehmungen dann auch der ausländischen Konkurrenz gegenüber bestehen können. Die belgischen Arbeiter stehen also genau auf dem Standpunkte dieses Entwurfs. Auch wir wollen, daß die Lebensinteressen der Industrie nicht verletzt werden, und daß das Budget des Arbeiters nicht in einer Weise geschmälert wird, daß er es nicht tragen kann. Letztere Erwägung ist um so ernster zu nehmen, da bereits durch das Verbot der Sonntagsarbeit und die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit eine wenn auch nur vorübergehende Schmälerung des Budgets der Arbeiter zu erwarten ist. Auf der internationalen Konferenz hat sich ergeben, daß die Länder, mit denen Deutschland hauptsächlich auf dem Weltmarkte zu konkurriren hat, keine Neigung haben, die Arbeitszeit des männlichen erwachsenen Arbeiters zu reguliren. Für die Frauen und jugendlichen Arbeiter wird ja bereits ein Maximalarbeitstag vorgeschrieben; warten wir ab, ob dies nicht dieselbe Wirkung haben wird wie in England, wo ebenfalls aus einer solchen Regelung durch Gewohnheit und gute Sitte schließlich sich eine befriedigende Gestaltung der Arbeitszeit überhaupt ergeben hat.

---

[30]

Die Wittwe des Millionärs.

Roman von Xaver Riedl.

(Fortsetzung.)

Eines Tages erzählte der alte Graf auch, er habe erfahren, Mr. Rittersfeld habe sich an ein wiener Geschäftshaus mit dem Ersuchen gewendet, das wiener Zinshaus, das einst sein Eigenthum gewesen, für ihn anzukaufen, wenn die Kaufsumme eine gewisse Höhe nicht übersteige. Wo er das gehört und an welches Geschäftshaus sich Mr. Rittersfeld gewendet, das wollte der alte Herr nicht anzugeben wissen, und er schützte deshalb die bei seinem Alter begreifliche Gedächtnißschwäche vor.

Die Baronin wußte nicht, was sie davon denken sollte.

„Wenn er zu mir zurückkehrt," sagte sie sich, „und mein Gatte wird, bedürfen wir jenes Hauses nicht. Aber vielleicht wird es ein Geschenk an seinen Schwiegersohn sein sollen und zugleich ist es ein pietätvolles Opfer, daß er einer Jugenderinnerung bringt. Aber warum hat er mir diesen Wunsch nicht ausgesprochen? Warum erhalte ich keine Nachricht von ihm? Ich zöge es vor, mit ihm jenseit des Oceans zu leben, wo ich keine Feinde habe."

Miß Bennett mußte ihr oft von New-York erzählen und das Herz der Baronin schwoll vor Sehnsucht, wenn ihre Sprachlehrerin von der fünften Avenue sprach, von den Palastreihen der Millionäre daselbst, von den Lustfahrten der Reichen in den großen, herrlichen Centralpark, von den Eisenbahnkönigen, die ihr Vermögen nach Hunderten von Millionen zählen, von den luxuriösen Seebädern und dem Glanz und Reichthum, den man in dem Badeorte Saratoga sehen kann. Und immer kam noch kein Lebenszeichen an sie von Mr. Rittersfeld.

Wie gerne wäre sie sofort freiwillig nach New-York gereist! Aber war sie eines guten Empfanges sicher? Dachte Mr. Rittersfeld noch so von ihr wie bei seinem letzten Scheiden? Und hätte er einen solchen Schritt nicht für sehr tadelhaft erachten können, wenn er auch den Anschein gehabt hätte, aus Liebe erfolgt zu sein.

Aus Liebe? O, sie kannte die Natur ihrer Gefühle am besten!

Um diese Zeit hatte Miß Bennett auch ihr Urtheil über Georg Hörfarth abgegeben und ihm das „Feuerauge" zugeschrieben. Und er sollte eines ihrer Güter verwalten? Was konnte daraus entstehen? War dieser einstige Günstling nicht eine stete und große Gefahr für sie?

Seine Hochzeit sollte in wenigen Tagen stattfinden und sie hatte versprochen, dabei zu erscheinen. Jetzt aber hatte sie nicht den Muth dazu. Sie hatte ihm schon zu oft Beweise von ihrer Gunst gegeben, damit mußte es zu Ende sein.

Sie dachte daran, ihm auf dem Gute in Kärnten den Verwalter Brotmann an die Seite zu geben, aber einerseits konnte dies nicht wohl früher geschehen, bis Graf Heinrich v. Eggendorf an die Stelle Brotmann's einen neuen Verwalter gesetzt, und andererseits war das Gut in Kärnten nicht sonderlich einträglich und mußte es umsoweniger werden, wenn sie dort zahlreiche Beamte anstellte, was nur mit einer Pensionirung derselben zu vergleichen war.

So war all ihr Hoffen auf eine Nachricht von Mr. Rittersfeld gerichtet.

19. Kapitel.

„Du liebst mich also, Schorschl, so recht von ganzem Herzen — nicht wahr?" so fragte Barbara Dohnal einige Tage später ihren Bräutigam Georg Hörfarth, der in einem behaglichen Zimmer im Erdgeschoß eines kleinen Schlosses in Kärnten, das wir Maienfeld nennen wollen, beim Frühstückstische saß, von dem sich eben sein Bruder Max entfernt hatte, der Tags zuvor mit allerlei Gepäck aus Wien eingetroffen war.

Barbara stand hinter dem Stuhle, auf welchem Hörfarth saß, und sie hatte einen Arm um seinen Nacken geschlungen, als sie obige Frage stellte. Sie trug eines der hübschen Kleider, welche sie von der Baronin v. Theiern erhalten hatte, von violettem Seidenstoff und sah recht frisch und wohlgeröthet aus. Sie war zwei Tage früher mit der Zimmerfrau, bei der sie nach dem Verlassen des Palais Theiern ein kleines Gemach gemiethet, nach Maienfeld gekommen, und die letztere gab auf ihr Bitten gleichsam eine Art Ehrenwächterin für sie ab.

Hörfarth, mit dem Herrichten einer Cigarre zum Anzünden beschäftigt, blickte mit einem leichten Lachen zu ihr auf und erwiderte:

„Ja wohl, meine liebe Barbara, von ganzem Herzen. Wäre das nicht, dann würde ich dich ja nicht heirathen."

„Nun ja," erwiderte Barbara in scherzhaftem Tone, „das scheint mir selber so; aber es kommt mir doch wie ein Wunder vor, daß wir zwei endlich doch ein Paar werden sollen."

„Zwei sind immer ein Paar!" rief Hörfarth spöttisch, indem er sich seine Cigarre anbrannte. „Ich sehe kein Wunder dabei."

„Ach, du weißt wohl, was ich meine," erwiderte Barbara, indem sie ihn am Kinn erfaßte und einen Kuß auf seine linke Wange drückte.

„Denken kann ich mir's," antwortete Hörfarth, dessen linker Arm nun vollständig in Ordnung war, leichthin.

„O, dann kannst du mich nicht wahrhaft lieben!" sagte die schöne Tochter der Hanna mit klagender Stimme.

„So! Warum nicht?" fragte Hörfarth heiter, ein Rauchwölchen vor sich hinblasend.

„Ein Mann kann doch nicht zwei Frauen lieben," rief sie energisch.

Romanschule das!" lachte Hörfarth. „In der Schule des Lebens lernt man es anders. Man kann ein Blumenfreund sein, für Rosen schwärmen, aber deshalb doch auch eine purpurne duftige Nelke lieben. So giebt es keinen Mann, der nicht zwei Frauen lieben könnte, und die meisten liebten vielleicht mehr, ehe sie heiratheten. Gerade das ist für die Erwählte die größte Auszeichnung."

„Ich danke dafür!" seufzte Barbara.

„Keine Ursache, mein Engel!" entgegnete Hörfarth kurz. „Die Umstände bestimmen den Menschen. Hätte ich dich zuerst und als ein Fräulein mit einigem Vermögen kennen gelernt, als ich noch der unterste Schreiber bei Bankier Theiern war, ich hätte dich sofort geheirathet, wenn du mich genommen hättest. Wärest du arm gewesen, hätte ich mich dir vielleicht mit weniger ehrlichen Absichten genähert, ohne ans Heirathen zu denken. Jetzt aber haben wir jedes ein kleines Vermögen, dank einer gewissen Großmuth, und so können wir nichts Besseres thun, als einander heirathen. Die zwei kleinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900522024/fragment/page=0001

Der bei der Berathung dieses Entwurfs ausgesprochenen Erwartung auf Vermehrung der Fabrikinspektoren gegenüber kann ich eine solche erhebliche Vermehrung für Preußen in Aussicht stellen, die das Ministerium einstimmig für unerläßlich erklärt hat. (Beifall.) Natürlich kann das nicht ganz plötzlich geschehen, da eine sorgfältige Auswahl der Beamten erforderlich ist.

Die Bedenken gegen die Bestimmungen über die Arbeitsordnung, namentlich dagegen, daß der Lohn der minderjährigen Arbeiter an Eltern und Vormünder gezahlt werden kann, sind unbegründet und bereits durch die Praxis widerlegt. Desgleichen sind die Besorgnisse über die zu weite Kompetenz der Verwaltungsbehörden hinfällig, da die bezüglichen Bestimmungen keine Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustande enthalten. § 120 der Gewerbeordnung bestimmt bereits, daß Gewerbeunternehmer besondere Einrichtungen treffen müssen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter, und daß der Bundesrath die Befugniß hat, allgemeine Anordnungen zu treffen, wie diese Einrichtungen herzustellen sind. Die Landespolizeibehörden und die Kommunalen Polizeibehörden können dann im einzelnen ebenfalls Anordnungen treffen. Die ganze Neuerung besteht nur in einer näheren Spezialisirung der Aufgaben der Polizei.

Ich schließe mit dem Wunsch, daß Sie den Entwurf einer wohlwollenden und sachgemäßen Prüfung unterziehen, damit das Resultat eintritt, das uns vorgeschwebt hat, nämlich ein friedliches Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die verbündeten Regierungen sind der Meinung, daß im vorliegenden Entwurf sowohl den Interessen der Arbeiter wie der Arbeitgeber in vorsichtiger und objektiver Weise Rechnung getragen ist, daß deshalb beide an der Ausgestaltung des Gesetzes mitarbeiten können, und sie hoffen, daß die Arbeitgeber, wenn die Bestimmungen Gesetz sein werden, an ihrer Ausführung sich mit voller Kraft betheiligen werden. Die verbündeten Regierungen wissen zu ihrem Bedauern, daß ein Theil der Arbeiter ihren wohlwollenden Absichten mit Mißtrauen gegenübersteht, und daß andererseits bei einem Theil der Arbeitgeber sich die ernste Besorgniß gezeigt hat, die für das Wohl der Arbeiter geplanten Maßnahmen möchten überstürzende und die Sicherheit der Industrie nicht genügend wahrende sein. Ich glaube, die Bestimmungen des Entwurfes beweisen, daß das Mißtrauen wie die Besorgnisse unbegründet sind. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können sich vertrauensvoll unter die Fahne schaaren, die mit fester und entschlossener Hand der Sozialreform vorangetragen wird, und sie können, hierunter geschaart, besser versuchen, sich zu vertragen, als sich zu schlagen, womit ihren eigenen Interessen und den Interessen des Vaterlandes am besten Rechnung getragen wird.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit): Ich will mich auf die Frage der Sonntagsruhe beschränken. Der Gesetzentwurf schreibt zu Unrecht dem Arbeitgeber vor, daß er Sonnabend frühestens um 6 Uhr dem Arbeiter freigeben dürfe; dies muß geändert werden. Ich empfehle dem Hause die Petition der Handlungsgehilfen um Sonntagsruhe; hier ist ein gesetzlicher Zwang zu Gunsten der Gehilfen nöthig. Eine größere geschäftliche Ruhe am Sonntag ist sehr wohl möglich. Die Agitation dagegen geht nur von den jüdischen Geschäftsinhabern aus (Aha! links), welche Sonnabends schon schließen und nicht auch noch den Sonntag verlieren wollen. Sie mögen ihren Sabbath auf den Sonntag verlegen. Auch in der Postverwaltung könnte ein größeres Maß von Sonntagsruhe eingeführt werden; Herr v. Stephan wird diese Nothwendigkeit dem Publikum ebensowohl klar zu machen wissen, wie er den Wünschen des Publikums vielfach zu widerstreben wußte. Die Briefträger werden in Kreisen mit starker jüdischer Bevölkerung dadurch belästigt, daß die Juden am Sonnabend nicht schreiben, die Bestellung daher nochmals am Sonntag erfolgen muß. (Lachen links.) Wenn die Sozialdemokraten gegen die Prostitution einschreiten wollen, so mögen sie auch arme Näherinnen gegen Ausbeutung schützen, denen anstelle des Lohns ein anderer unqualifizirbarer Erwerb geboten wird. (Lärm bei den Soz.)

Abg. Dr Hirsch (dfr.): Nach der bisherigen erschöpfenden Behandlung der Vorlage kann ich mich auf einige spezielle Punkte beschränken. Wenn ich mich zunächst zur Frage des Normalarbeitstages wende, so ist in dieser Beziehung hervorzuheben, daß der Standpunkt einer plötzlichen unvermittelten Einführung einer solchen überaus geringen Arbeitszeit von allen realen Verhältnissen absieht und ebenso von den Unterschieden in den verschiedenen Theilen des Reichs und in den verschiedenen Gruppen der Betriebe. Der Standpunkt der Herren Sozialdemokraten berücksichtigt in keiner Weise, ob Tausende und Abertausende mittlerer und kleinerer Unternehmungen fortbestehen oder zugrunde gehen. Gerade mit Rücksicht auf diese muß man vorsichtig sein in solchen Dingen. Der Uebergang von 11 auf 8 Stunden Arbeitszeit bewirkt eine Reduktion des Gesammtarbeitstages um 30 Proz. Wie soll diese gedeckt werden? Der Hinweis auf die Reserve der Arbeitslosen kann wenig befriedigen, denn die Zahl der Arbeitslosen erreicht diesen Prozentsatz sicher nicht, ja er beträgt vielleicht noch nicht 5 Proz. der in Arbeit Befindlichen. Andererseits ist durchaus nicht nachgewiesen, daß es den Arbeitern nicht möglich sein sollte, vermöge eines wirklichen Koalitions- und Agitationsrechts in Verbindung und unter Umständen auch gegen die Arbeitgeber die wünschenswerthe und mögliche Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. In vielen Fällen ist durch freie Vereinbarung, vielleicht unter einer gewissen Pression, eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden. Wenn man nun annehmen darf, daß mit dem Aufhören des Puttkamer'schen Systems das Koalitionsrecht der Arbeiter erst ein wirksames werden wird, wäre es da nicht richtig, abzuwarten, wie weit durch freiwillige Thätigkeit der Arbeiter die vorhandenen Mißstände noch weiter beseitigt werden können. Ich befreite, daß die große Masse der Arbeiter den 8stündigen Maximalarbeitstag haben will. Es giebt eine große Anzahl von Arbeitern, die zwar Schutz haben wollen für die Schwachen, die sich nicht ihrer Haut wehren können, die aber für die Männer aus eigener Kraft die Verbesserung der Zustände erreichen wollen. Herr Grillenberger verwechselt, wenn er annimmt, daß der Ausfall des Arbeitsertrages durch den Unternehmergewinn leicht gedeckt werden könne, immer die wenigen Großkapitalisten mit der großen Masse der Betriebe.

Die Ausführungen des Frhrn. v. Stumm zeugten vom extremsten Feudalismus und verlangten Herrenrechte für den Unternehmer, Leibeigenschaft für den Arbeiter. Er hat ja auch in der Fabrikordnung für seine Werke den Arbeitern sogar das Heirathen ohne besonderen Konsens verboten. (Hört, hört!) Solche Anrahmungen harmonieren doch sicherlich nicht mit dem Geiste der kaiserlichen Erlasse, sondern stehen im schroffen Widerspruch dazu. Nur solche Mißbräuche können die wachsende Erbitterung der arbeitenden Klassen erklären, durch sie werden alle noch so wohlwollenden Pläne gekreuzt. Daß Herr v. Stumm gegen eine Organisirung der Arbeiter ist, ist ja nach seinem Vorgehen erklärlich. Weiß er aber nichts von den zahlreichen Verbänden der Arbeitgeber, von deren Kartellen, die in so ausgiebiger Weise das Koalitionsrecht für sich und häufig gegen die Arbeiter anwenden?

Ich beklage in der Vorlage die Verquickung verschiedener entgegengesetzter Bestandtheile, von denen das Eine in Wahrheit als Arbeiterschutz, das Andere als Arbeiterkreutz zu bezeichnen ist. Ich billige durchaus nicht den Kontraktbruch, geschweige denn weitere Ungesetzlichkeiten, die mit der Ausübung des Koalitionsrechts verbunden sind, glaube aber, daß die vorhandenen gesetzlichen Mittel genügen, um diesen Mißbräuchen entgegen zu treten und daß man vielleicht vielfach zu drakonisch vorgegangen ist. Das empört gerade die Arbeiter, daß gegen sie schärfer vorgegangen wird als gegen die Arbeitgeber, die sich ähnlicher Vergehen schuldig gemacht haben. Man sollte daher von einer weiteren Verschärfung der Strafen, wie sie das Gesetz will, ablehen. Lassen sie die Arbeiter fühlen, daß sie ebenso Staatsbürger sind, und dieselben Rechte und Pflichten haben wie alle anderen; lassen Sie ihre Koalitionen frei gewähren, dann wird nach einiger Zeit, gewissermaßen nach den Flegeljahren der Arbeiterbewegung, eine Zeit der Ruhe eintreten, wo die Arbeiter ebenso verfahren werden, wie irgend ein anderer Theil der Bevölkerung. England giebt uns in dieser Beziehung ja bereits das beste Beispiel. Hier haben die Trade-Unions sehr segensreich gewirkt, und das Urtheil, das Hr. v. Stumm über sie fällte, hat nicht die geringste Berechtigung, ebenso wenig seine Anschauungen über die Gewerk- und Fachvereine. Nicht da, wo die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen konnten, haben die meisten Streiks stattgefunden, sondern da, wo die Arbeiter am wenigsten organisirt waren, und da kamen auch die bedenklichsten Kontraktbrüche vor. Es giebt kein besseres Mittel, um Ausschreitungen und den Kontraktbruch zu vermeiden, als Anerkennung der gesetzlichen Gewerkvereine.

Mit einem Theil der Arbeiterschutzbestimmungen des Gesetzes, der den früheren Reichstagsbeschlüssen entspricht, bin ich durchaus einverstanden. Die Zurückhaltung in dieser Richtung hat ja lange Zeit gerade die Unzufriedenheit genährt; man muß aber bei der Bemessung des Schutzes auch richtig verfahren und keine übergroße Aengstlichkeit in Bezug auf industrielle Verhältnisse obwalten lassen. In Bezug auf die Kinderarbeit hätte man daher nicht bei dem 13. Jahre stehen bleiben dürfen. Die Arbeiter würden sicher nicht so sehr um Verbot der Kinderarbeit petitionirt haben, wenn sie glaubten, dadurch selber Schaden zu erleiden. Die Industrie ist so weit entwickelt, daß sie die Kräfte der Kleinen und Schwachen nicht mehr heranzuziehen braucht. Auch in Bezug auf die jugendlichen Arbeiter hätte man weniger Ausnahmebestimmungen treffen sollen, und man hätte auch hier die hygienischen Interessen in höherem Maße berücksichtigen müssen, die durchaus nicht im Widerspruch mit den dauernden wirthschaftlichen Interessen stehen. Nur durch die Stärkung in der Jugend ermöglicht man die Heranbildung leistungsfähiger Arbeitskräfte.

Erfreulich waren die Erklärungen des Herrn Handelsministers über die Frage der Aufsicht, ohne eine gute Aufsicht helfen alle Schutzbestimmungen nichts. Bisher waren die Fabrikinspektoren nicht in der Lage, in wünschenswerthem Maße ihrer Pflicht obzuliegen. Nach dem, was uns jetzt in Aussicht gestellt ist, werden wir in dieser Beziehung eine gründliche Besserung zu erhoffen können. Eine Vermehrung der Fabrikinspektoren ist zweifellos nöthig, es brauchen ja nicht lauter Inspektoren ersten Ranges zu sein, sondern es genügen auch jüngere Kräfte. Man könnte es vielleicht ähnlich machen wie in England, wo befähigte Arbeiter zu diesen Posten herangezogen werden. Wünschenswerth ist auch, daß die Kompetenz der Fabrikinspektoren erweitert wird. Bis jetzt können dieselben nichts anordnen, sondern nur berichten, in dringenden Fällen aber wird es gut sein, wenn der Fabrikinspektor selbst verfügen darf, natürlich unter der Möglichkeit des Rekurses für den Fabrikbesitzer. Hier drängt sich auch wieder die Frage auf, ob es nicht endlich Zeit ist, daß das Gewerberecht gemeinsam ist für das ganze Deutsche Reich und die Institution der Fabrikinspektoren auf diese Weise zu einer einheitlichen im Reiche wird. Das könnte der Thätigkeit derselben nur förderlich sein und das Vertrauen zu derselben erhöhen. — Wenn sich mit dem Schutzgesetz des Reiches die freiwilligen Anstrengungen der Gewerbetreibenden verbinden, dann wird der Entwurf gelingen und der heiß ersehnte Frieden auch im Innern unseres Vaterlandes erreicht werden. (Beifall links.)

Abg. Hitze (Centr.) führt aus, daß die vornehmlichste Forderung des Centrums, die Sonntagsruhe, im allgemeinen zur Zufriedenheit geregelt sei. In den Versammlungen über die Frauenarbeit sei die bedauerliche Abweichung von den Reichstagsbeschlüssen, daß nicht der 10stündige Arbeitstag für verheirathete Frauen, sondern nur 1½stündige Mittagszeit für dieselben eingeführt werde. Die arbeitsfreie Zeit für Wöchnerinnen sollte von 3 auf 6 Wochen erhöht werden. Auch die Sozialdemokraten sollten die Versuche des Entwurfs, in gewissen Berufen einen Maximalarbeitstag einzuführen, als Abschlagszahlung begrüßen. Er glaube, daß man in absehbarer Zeit bei uns wie in England zum 10stündigen Arbeitstag kommen werde. Der 8stündige sei zur Zeit nicht im Interesse der Arbeiter. Die Bestimmung, daß die Gemeinden den Besuch der Haushaltungsschulen erzwingen können, halte er für unannehmbar. Die Regelung der Lohnzahlung der Minderjährigen werde von den Sozialdemokraten nur bekämpft, weil diese die Autorität der Eltern nicht erklären lassen wollten. Die Kontraktbrüche seien gerade im Interesse der Arbeiter zu beklagen, indessen würden dieselben durch das zweischneidige Mittel der harten Strafbestimmungen und Bußen gewiß nicht beseitigt werden. Das einzige Mittel seien Organisationen der Arbeiter, welche im Wege der Vereinbarung unter eigener Verantwortung die Streitigkeiten beizulegen hätten. Das Gesetz solle zu diesem Zwecke die Gewerkvereine anerkennen. Die Arbeiterausschüsse hätten die Aufgabe, als Vermittelung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu dienen. Wenn man die Arbeiterausschüsse auch nicht obligatorisch mache, so solle man doch möglichst starke Anträge für die Arbeitgeber zu ihrer Einführung in das Gesetz aufnehmen. Auch würden sie geeignete Grundlagen für die Arbeitskammern abgeben. Die Ordnungsstrafen dürften das in den genehmigten Fabrikordnungen genehmigte Maß niemals überschreiten. Er bedauere, daß man es aufgegeben habe, die Berufsgenossenschaften für den Entwurf nutzbar zu machen. Das Centrum würde in der Kommission an der Beseitigung der einzelnen Mängel des Entwurfs gern mitarbeiten.

Abg. Dr Kropatschek (konf.): Von einer Arbeiterschutzgesetzgebung kann man nun erst reden, da die Handwerke und Hauswerkstätten mit einbezogen sind. Wenn ich weitergehende Wünsche als Abg. Dr. Hartmann äußere, so geschieht dies nur für meine Person. Solche Klagen und Sorgen, wie unsere Industriellen jüngst laut werden ließen, wurden seinerzeit in England viel lauter geäußert. Wie es dort geschehen, wird man aber auch bald bei uns zu der Ueberzeugung gelangen, daß mit der Einführung des Gesetzentwurfs der Industrie kein Schaden geschieht. Sie liegt vielmehr im Interesse der Arbeitgeber selbst, die durch eine verständige Beschränkung der Arbeitszeit nur gewinnen können. Eine ganze Reihe Arbeitgeber haben die Bestimmungen der Vorlage schon freiwillig eingeführt. Dadurch widerlegt sich auch, was Herr Singer, als ihm das Treiben gewissen sozialdemokratischen Führern nahestehender Geschäfte vorgehalten wurde, sagte, daß nämlich der einzelne nichts zu bessern vermöge. Den Arbeitern gegenüber darf man doch nicht vergessen, daß wir einmal — es mag das hübsch sein oder nicht — das allgemeine Wahlrecht haben und nebenher seit Jahren die allgemeine Wehrpflicht besteht. Der Arbeiter ist daher über die wesentlichen Punkte zu hören, und das geschieht am besten durch die Arbeiterausschüsse. Hinsichtlich der Arbeiterorganisationen theile ich völlig die Wünsche des Abg. Miquel. Wenn man diese Organisationen schon hätte, würden viele Strafbestimmungen des Entwurfes fortfallen können; inzwischen könne er die Strafen für die Verleitung zum Kontraktbruch und die Exzesse dabei keineswegs als Verletzung der Gleichberechtigung ansehen. Die Vorlage erstrebe die in den kaiserlichen Erlassen vorgesteckten Ziele. Die Zufriedenheit der Arbeiter wird freilich durch die Gesetzgebung allein nicht erreicht werden, wenn nicht zugleich das Verhalten der Arbeitgeber z. B. hinsichtlich des Luxus ein anderes werde. Alle Reformen sind indessen vergebens, wenn nicht das Christenthum wieder Boden gewinnt im Volke. (Beifall rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird darauf abgelehnt.

Nachdem der Abg. Singer (Soz.) mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde auf das Wort verzichtet, wird die Diskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Die Behauptung, daß in meiner Arbeitsordnung den Arbeitern das Heirathen ohne meine Genehmigung untersagt sei, ist unrichtig. Richtig ist nur, daß ich eine Anzeige verlange und das Unterlassen derselben zwar nicht bestrafe, aber unter erschwerenden Umständen mit Kündigung ahnde. (Lachen links.) Ich halte das für meine Pflicht, um frühzeitige und leichtsinnige Heirathen meiner Arbeiter zu hintertreiben. (Beifall rechts.) Ich werde mich davon weder durch

---

Vermögen von je zehntausend Gulden geben ein größeres von zwanzigtausend, und der Posten hier kann so viel eintragen, daß wir es in einigen Jahren verdoppeln. Die Baronin ist nicht gewöhnt, mir besonders auf die Finger zu sehen."

„Aber nun könnte es geschehen," klagte seine Braut.

„Da müßten besondere Dinge geschehen," erwiderte Hörfarth nachdenklich.

Sie neigte sich zu ihm nieder, und ihre Lippen fanden sich in einem leidenschaftlichen Kusse, in welchem sie jedoch durch ein lautes „Pst!" gestört wurden, das von der nächsten offenen Thüre her ertönte.

„Ah, die Frau Lazar!" rief Hörfarth lachend, indem er sich erhob und sich der Thüre zuwendete, an der eine ältliche kleine Frau stand, die erwähnte Zimmerfrau Barbaras in Wien, die ihre rechte Hand erhoben hatte und dem Paare scherzhaft mit dem Zeigefinger drohte. „Sie fassen Ihre Aufgabe sehr ernsthaft auf. Sie verdienen das Ehrenamt."

„Das will ich auch und muß es," sagte die alte kleine Frau mit einer heiseren Stimme, während der Ausdruck ihres faltenreichen Gesichtes hinlänglich verrieth, daß sie es keineswegs ernst meinte. „D'rum ist es besser, das Fräulein macht mit mir einen Spaziergang durch den Park. Frische Luft stärkt und kräftigt die Nerven."

„Recht haben Sie!" lachte Barbara, und sie eilte auf Frau Lazar zu, nahm ihren Arm und führte sie fort in den Park, der sich bei dem kleinen Schlosse befand.

Hörfarth begab sich in ein anstoßendes Schreibzimmer, wo er eine Weile über verschiedenen Rechnungen verweilte, die Tags zuvor der Verwalter des Gutes Maienfeld ihm überbracht hatte.

Ungefähr eine Viertelstunde später erhielt er ein Telegramm folgenden Inhalts:

Baronin Theiern läßt einer heftigen Migräne wegen sich entschuldigen, sie kann Ihrem Feste nicht beiwohnen.

Margarethe Bennett.

„Ah!" ließ er sich nachdenklich aus. „Ich erwartete es. Nun, ich bedarf ihrer nicht. Es wird wohl wenig mehr von ihr zu erwarten sein."

Dann begab er sich in ein anderes Gemach, wo mehrere Koffer und eine Kiste aufgestapelt standen. Bei letzterer lehnte Max Hörfarth und hatte den Deckel der Kiste halb aufgeschoben.

„Mit dem Ding da," sagte er, ins Innere der Kiste deutend, „wird wohl erst a wengerl a Rep'ratur vorg'nommen werden müssen. Schön ist's, aber 's schaut ganz g'schwärzt aus auf einer Seiten. Du wirst's zu an Vergolder geben müssen."

„Ach! Es hat keine Eile damit," sagte Georg Hörfarth gleichgiltig. „Es ist ein alter Spiegel, den die Baronin v. Theiern meiner Barbara schenkte."

„Ah! Derentwegen ist die Freiherrnkron' d'rüber. Na, die mußt entweder wegnehmen lassen, oder ‚schau'n, daß d' auch a Baron wirst!"

„Sei nicht naseweis," antwortete Georg Hörfarth. „Du mußt dich daran gewöhnen, achtungsvoll mit mir zu sprechen, wenn ich dich hier behalten soll in irgend einer Bedienstung, sonst stellst du mich einmal vor Personen bloß, die mir untergeordnet sind."

„Na waßt, Bruder, in die G'fahr wirst nöt kommen," erwiderte Max, „'s war nur so a Einfall von mir. Oba in acht Tagen hab' ich mir's genossen. I kunnt do d' Weanerstadt nöt entbehren."

„So! Du bist ein Taugenichts, der es nie zu 'was bringen wird."

„Lass' mich erst so alt werden wie du bist, nachert werd' ich a g'scheiter sein," erwiderte Max lachend, und indem er wieder in die Kiste sah, sagte er: „I versteh' a was vom Vergoldungenputzen. I hab's im Delikatessen'schäft, wo i war, so nebenbei gelernt an die Spiegel in unserem Gastzimmer. Ich könnt's da auch probir'n."

„Meinetwegen," sagte Georg Hörfarth verdrossen. „Aber hüte dich, ihn zu zerschlagen."

Dann entfernte er sich. Er hatte dem Verwalter, einem alten Manne, versprochen, verschiedene Wirthschaftsgebäude zu besichtigen, die sich in sehr schlechtem Bauzustande befanden, da schon der Bankier Theiern nichts auf das kleine Gut verwendet, sondern alle Erträgnisse desselben mit dem Gedanken übernommen, es gelegentlich ganz los zu werden, und seine Wittwe hatte es nicht der Mühe werth gefunden, es auch nur einmal zu sehen.

Weniger aus geschäftlichem Eifer, als um dem Wunsche des alten Verwalters nahe zu kommen, ging er zu diesem, und sie besuchten nun mehrere Ställe, eine Remise für Wirthschaftsgeräthe, und endlich kamen sie an mehreren Scheuern vorüber. Die Dächer der letzteren waren längst halb vermorscht und vielfach ausgebessert, der Verwalter bemerkte:

„Es wäre ein wahrer Segen, wenn der Herr Inspektor die gnädige Frau Baronin bewegen könnten, da wenigstens neue Dächer herstellen zu lassen."

„Jawohl!" lachte Hörfarth. „Diese sind kaum mehr das Anzünden werth."

„Sie waren aber schon nahe daran, angezündet zu werden," erwiderte der Verwalter. „Wir hatten einen Burschen da in der Gegend, der wegen Brandlegung noch heute im Gefängniß sitzt. Er hatte wohl ein dutzendmal Feuer angelegt und gestand auch, daß er es auf die Scheuern von Maienfeld abgesehen hatte. Sein Vertheidiger behauptete, er leide an Brandlegungssucht oder Pyromanie, aber das Gericht verurtheilte ihn zu zwölfjährigem Kerker."

„Er hätte eher in ein Irrenhaus gehört," erwiderte Hörfarth in dumpfem Tone.

Dann wendete er sich ab und sprach von anderen Dingen. Er versprach seinen Einfluß auf die Baronin anzuwenden, damit alle Reparaturen hergestellt würden, und endlich kehrte er in das kleine Schloß zurück.

Der nächste Morgen kam und um zehn Uhr vormittags sollte die Vermählung von Georg Hörfarth und Barbara Dohnal in der nächsten Dorfkirche stattfinden. Es war zwar auch eine kleine Kapelle bei dem Schlosse, aber diese entbehrte aller kirchlichen Geräthschaften, und deshalb hatte der Pfarrer des nächsten Dorfes erklärt, er könne die Kopulation nur in seiner Kirche vornehmen.

Georg Hörfarth war es um nichts weniger als um eine pomphafte Hochzeit zu thun. Er hatte seinen Bruder Max zum Brautführer bestimmt, eine Tochter des alten Verwalters, die ebenfalls bereits dreißig Jahre zählte, hatte sich zur Kranzjungfer erboten, der alte Verwalter aber und einer seiner Freunde zu Beiständen. So fuhr man gegen neun Uhr vom Schlosse ab, und kehrte gegen elf Uhr wieder zurück.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900522024/fragment/page=0002

gewissenlose Agitatoren, noch durch den Abg. Hirsch und seine Freunde abhalten lassen.

Abg. Dr Hirsch (dfr.): Ich überlasse es dem hohen Hause, sich ein Urtheil über den persönlichen hämischen Angriff des Vorredners zu bilden. (Präsident v. Levetzow erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.) Dr Hirsch fortfahrend: Ich bitte um Entschuldigung. In dem betreffenden Zeitungsartikel, aus dem ich die Bestimmung der Fabrikordnung des Herrn Vorredners verlesen habe, ist folgendes aus derselben abgedruckt: Allen Arbeitern ist untersagt, sich zu verheirathen, ohne dies der Chef der Firma anzuzeigen. Zuwiderhandelnde werden mit 3—10 M. bestraft, und in erschwerenden Umständen tritt Entlassung ein. Ferner heißt es: Allen Arbeitern ist es untersagt, ein Nebengeschäft zu betreiben. Dieses Verbot bezieht sich auch auf sämmtliche Angehörige. Zuwiderhandlungen werden mit 1—6 M., unter erschwerenden Umständen mit Entlassung bestraft. (Hört, hört! links.) Das weitere überlasse ich dem Urtheile des Hauses.

Abg. Frhr. v. Stumm: Eine Auseinandersetzung, die ich früher mit dem Abg. Dr Hirsch hatte, entzieht mich der Möglichkeit, von ihm beleidigt zu werden.

Die Vorlage wird hierauf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Interpellation Bamberger, betr. Strafvollzug, Interpellation Baumbach betr. den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz; Initiativanträge).

Schluß 5¼ Uhr.

*

In dem Bericht der gestrigen Reichstagssitzung ist irrthümlich als Redner der Volkspartei zur Gewerbenovelle Abg. Härle aufgeführt; es mußte heißen: Abg. Hähnle.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 20. Mai, 12 Uhr.

Der Nachtragsetat betreffend die Eisenbahnstatistik wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt eine dritte Lesung des Nachtragsetats, betreffend die Aufbesserung der Beamtengehälter.

Dazu liegen eine Reihe von Resolutionen vor. Zunächst die bekannten Resolutionen der Kommission auf allgemeine Einführung der Dienstalterszulagen und Verbesserung der etatsmäßigen Stellen. Ferner eine Resolution Sattler (nl.), die Dienstalterszulagen thunlichst schon im nächsten Etat einzuführen und genaue Uebersicht über diese Zulagen, die Diätensätze und die Stellenzulagen dem Hause vorzulegen. Eine Resolution Brömel (dk.) auf ausnahmslose Dienstalterszulagen für Volksschullehrer im nächsten Etat; eine Resolution Rintelen (Ctr.) auf Beseitigung der Beschränkung der Dienstalterszulagen für Lehrer auf Orte unter 10,000 Einwohner; ferner eine Resolution Arendt (frk.) auf gesetzliche allgemeine Gehaltsregelung der Volksschullehrer im nächsten Jahre; ein Resolution Bachem (Ctr.) auf Gleichstellung gleichartiger Beamten verschiedener Verwaltungszweige und ein Antrag Burghardt (nl.) auf allgemeine Neuregelung der Beamtengehälter nach Maßgabe des vorhandenen Bedürfnisses im nächsten Etat; endlich ein Antrag des Frhrn. v. Zedlitz (frk.) auf motivirte Tagesordnung über den Antrag Burghardt über Bedachtnahme auf Vereinfachung der Geschäfte für den Fall der Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich freue mich, daß es gelungen ist, die Beamtengehälter zu erhöhen, wenn ich auch anerkenne, daß lediglich die Vertheuerung der Lebensmittel die Ursache dazu war. Die Lebensmittel sind nicht so erheblich theurer geworden, aber die Ansprüche an die Lebenshaltung sind allgemein gestiegen. Die Schutzzölle haben die nothwendigen Lebensmittel nicht vertheuert, sondern im Gegentheil verbilligt. Das geht aus der amtlichen Statistik hervor, nach welcher die Lebensmittelpreise 1878/79 höher standen als 1888/89. Auch der Konsumverein Hörde in Westfalen hat eine gleiche Statistik aufgestellt. Daraus geht klar hervor, daß die Lebensmittel in den letzten 20 Jahren nicht theurer, sondern billiger geworden sind. Gestiegen sind allerdings die Miethspreise der Wohnungen. Dafür ist aber der Schutzzoll nicht verantwortlich. Wenn gewisse Parteien die Wirthschaftspolitik, welche die Mittel für Gehaltserhöhungen aufbringt, bekämpfen, auf der anderen Seite aber auf solche Erhöhungen aller Beamtengehälter dringen, so ist das ein Widerspruch. (Sehr wahr! rechts.) Gewachsen vielfach über das nothwendige Maß hinaus sind auch die Repräsentationskosten, und ich bin nicht damit einverstanden, daß auch Beamte, die nicht in den höchsten Stellen sind, sich zu Repräsentationen für verpflichtet halten. Sogar Untergebene laden jetzt die Vorgesetzten ein und bewirthen sie über ihre Kräfte. Verödenungen werden schon abgelehnt, weil man die Repräsentationskosten scheut. Hier sollte höheren Orts eine Einwirkung auf Einschränkung des Aufwands stattfinden. Vor allem nöthigen zum Aufwand die neuen großen Dienstwohnungen, deren Ausstattung die größten Kosten verursacht. (Sehr wahr! rechts.) Die Postgebäude werden jetzt fast durchweg mit großem Luxus gebaut (Sehr wahr!), dem muß entsprechend gesteuert werden. Beamte ohne Privatvermögen sind am Aufrücken verhindert. Die altpreußische Einfachheit des Beamtenthums muß beibehalten werden, sonst werden alle Gehaltserhöhungen nichts nützen. (Beifall rechts.)

Abg. Seyffardt (nl.) spricht sich gegen das Prinzip aus, nach welchem die Alterszulagen nur in Städten unter 10,000 Einwohnern gewährt werden sollen, und befürwortet die Annahme des Antrages Rintelen, der die frühere Ansicht des Hauses wiedergebe. Der Antrag Brömel sei zu weitgehend.

Inzwischen sind zwei Anträge v. Zedlitz (frk.) eingegangen, von denen der eine Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Burghardt beantragt, in der Erwartung, daß die Regierung, sobald die Finanzlage es gestattet, mit Vorschlägen zur Fortführung der Aufbesserung der Beamtengehälter nach Maßgabe des Bedürfnisses hervortreten wird; der zweite den betr. Passus der Kommissionsresolution dahin abändern will, daß das Verhältniß der etatsmäßigen zu den diätarischen Stellen geprüft und vorhandenen Mißständen nöthigenfalls durch Vermehrung der etatsmäßigen Stellen abgeholfen, zugleich aber auf Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und Verminderung des Schreibwerks thunlichst Bedacht genommen wird.

Abg. Fritzen (Centr.) glaubt auf die übergroße und schädliche Ausdehnung der Konsumvereine für Beamte hinweisen zu müssen. Er nenne nur das Waarenhaus für deutsche Beamte, die Offiziers-konsumvereine, durch welche eine große Anzahl von Gewerbetreibenden geschädigt werde.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Er müsse auf den zu weit getriebenen Luxus bei der Repräsentation bei den höheren Stellen hinweisen, auch die Ausstattung der Dienstwohnungen müsse auf ein bescheidenes Maß zurückgeführt werden. Der Antrag Burghardt sei nichts als ein Wechsel auf eine erhebliche Steuererhöhung. Man dürfe das Vertrauen zur Regierung haben, daß sie, sobald die Finanzlage es gestatten werde, die Gehälter der Beamten aufbessern werde.

Abg. Rintelen (Centr.) sieht den Grund in dem Rückgang der Einkommensverhältnisse neben den theuren Lebensmitteln ebenfalls in dem Streben der Arbeiter nach Luxus, wodurch die Produktionskosten gesteigert würden. (Sehr wahr! im Centrum und rechts.) Darum solle man die Orden wieder zulassen, die ein wirksames Beispiel für Enthaltsamkeit geben würden. (Sehr wahr! im Centrum.) Im übrigen befürwortet Redner seinen Antrag. Lediglich die Bedürftigkeit müsse das Kriterium für Gewährung der Alterszulagen sein.

Abg. Boediker bezeichnet die Vorlage als einen Torso. Ganze Kategorien von Unterbeamten sind leer ausgegangen, so viele aus der Bau- und landwirthschaftlichen Verwaltung und Kanzleibeamte. Er bitte, diese, soweit ihr Maximalgehalt 2000 M. beträgt, möglichst bald zu berücksichtigen. Auch die Klassineintheilung sei in mancher Beziehung fehlerhaft. Es müssen Besoldungsgemeinschaften mit möglichst raschem Aufsteigen zu den mittleren Stellen eingerichtet werden. Die Diätare müssen in einer bestimmten Verhältnißzahl beschäftigt werden. Der Luxus, besonders der für die Wohnungen aufgewandte, sei allerdings ungemein gestiegen; er kenne einen Fall, wo ein Beamter 8000 M. zur Einrichtung seiner Dienstwohnung brauchte.

Unterstaatssekretär Meinecke: Wird die Resolution der Kommission angenommen, so wird die Regierung erwägen, ob die allgemeine Einführung von Dienstalterszulagen sich empfiehlt. Die Dienstalterszulagen sind allerdings bequem und gleichmäßig zu bemessen. Aber durch sie wird die Sicherstellung des Etats nicht genügend gewährleistet, weil die Größe der dann zu leistenden Alterszulagen schwankend sein würde. Allerdings könnten darüber Ermittelungen angestellt werden; diese wären aber sehr zeitraubend und könnten unmöglich bis zur nächsten Session angestellt werden, wie es der Antrag Sattler will. Auch könnten die Alterszulagen ein Hemmschuh für den Diensteifer und eine Prämie für Mittelmäßigkeit werden, wenn hervorragende Leistungen genau so behandelt werden wie mittelmäßige und schlechte. Auch zur Lockerung der Disziplin könnte dadurch beigetragen werden. Wenn Alterszulagen generell gewährt werden, dann haben die Vorgesetzten weniger Einfluß als sonst. Indessen sind das nur Erwägungen, die zwar von großem Gewicht sind, aber der Entscheidung noch nicht vorgreifen sollen. Vor allem aber fällt ins Gewicht die Rücksicht auf die rechtzeitige und genaue Fertigstellung des Etats. — Zu einer Vermehrung der etatsmäßigen Stellen wäre die Regierung gern bereit, wenn sie Geld hätte. In dieser Beziehung empfehle ich den Antrag Zedlitz, aber ohne die Anregung auf Einschränkung der Schreiberei.

Der Antrag Bachem ist nicht annehmbar, Beamte an Centralstellen können Beamten an kleinen Orten nicht gleich gestellt werden. Der Antrag Burghardt nimmt keine Rücksicht auf vorhandene Mittel. Bringt der nächste Etat nach der Meinung des Hauses minder wichtige Ausgaben, dann können diese ja, sobald ein Einverständniß erzielt wird, zu Beamtenbesoldungen verwendet werden. Aber ohne vorhandene Mittel sind Aufbesserungen unmöglich. Neue Steuern können wir dazu nicht aufbringen.

Inzwischen ist ein Antrag Dr. Arendt (frk.) eingegangen, welcher den Ausdruck Bedürftigkeit im Antrag Rintelen ersetzt durch die Worte: Unzureichende Besoldung und ungenügende Leistungsfähigkeit der Gemeinden.

Ein weiterer Antrag Brömel (dfr.) will in die Kommissionsresolution einschalten, die Regierung aufzufordern, bei Einrichtung von Dienstwohnungen für höhere Beamte künftig sowohl hinsichtlich der Zahl der Räume als hinsichtlich der Ausstattung derselben mit größerer Sparsamkeit wie bisher zu verfahren.

Abg. Brömel (dfr.): Die Debatte hat sich so gestaltet, daß man sie eine Frikassedebatte nennen könnte. Der eine greift eine Viertelhühnerbrust heraus, der andere ein anderes Stück (Heiterkeit). Wenn Graf Kanitz sich darauf berufen hat, daß die Getreidepreise in den 70er Jahren höher gewesen seien, als jetzt, so läßt er unberücksichtigt, daß in den 70er Jahren nicht blos Deutschland, sondern Europa unter einer Reihe von Mißernten zu leiden hatte, welche dann eine hohe Steigerung der Getreidepreise zur Folge hatten. Wer wollte leugnen, daß gewisse Artikel, z. B. das Fleisch, eine Preishöhe erreicht haben, wie nie zuvor. Wenn Graf Kanitz einen Widerspruch darin findet, daß unsere Partei gern bereit ist, die Ueberschüsse, welche die neue Wirthschaftspolitik liefert, auszugeben, während wir uns gegen die Bewilligung derselben gewehrt haben, so sagen wir: Non olet und halten uns durchaus für verpflichtet, dafür zu sorgen, daß diese Ueberschüsse mit dazu verwandt werden zur Aufbesserung derjenigen Bevölkerungsklassen, welche auf ein festes Einkommen angewiesen sind, welche unter der Theuerung am schwersten zu leiden haben. Ich habe mit Freude gehört, wie von der rechten Seite gegen den Luxus in Beamtenkreisen geeifert wird. Ich habe dabei denken müssen an eine Geschichte mit dem Titel: Einfachheit und Luxus oder das verhängnißvolle Sopha. Da hat ein neues Sopha ein vollständig neues Meublement und neue Toiletten zur Folge gehabt. (Heiterkeit.) Der Anregung des Grafen Kanitz möchte ich durch einen Beschluß des Hauses Ausdruck geben wissen.

Die Bemerkungen des Abg. Fritzen über die Konkurrenz der Waarenhäuser und Konsumvereine gegen die Gewerbetreibenden unterscheiden nicht zwischen Konsumvereinen, die in allen Theilen des Landes verbreitet, gerade den ärmeren Schichten zugute kommen, und den Waarenvereinigungen bestimmter Berufszweige, die weiter keine Absicht haben, als den Preis auf das unterste Niveau herabzudrücken. Diese sind die gefährlichste Konkurrenz des kleinen Gewerbes. Hier sollte das Steuergesetz wenigstens Licht und Schatten gleichmäßig vertheilen. Die Berufsstände sollen bedenken, wohin sie mit ihrer rücksichtslosen Konkurrenz gegen Gewerbekreise gelangen. Sie verbitttern die Gewerbetreibenden und treiben sie in die Arme gefährlicher politischer Bestrebungen. Die Kluft zwischen Militär, Beamten und Civil wird dadurch nur vergrößert. Das kann die verhängnißvollsten Folgen haben.

Was die Resolutionen anbetrifft, so kann ich den Antrag Burghardt nicht annehmen; er entbehrt der Rücksicht auf die Finanzlage des Staates. Dagegen billige ich die Anträge, die die Absicht der Budgetkommission klarer darlegen. So ist der Antrag Sattler durchaus zu empfehlen.

Den Antrag Zedlitz betr. die Verminderung des Schreibwerks kann ich nur zur Annahme empfehlen. Es wird aber zu viel geschrieben, weil die Gesetzgebung zu viel gehandhabt wird. Wenn nicht bei jedem kleinen Anlaß sofort die Gesetzgebung beschritten würde, dann würde auch das Schreibwerk sich vermindern. (Sehr wahr! links.)

Hr. Rintelen hat das Streben der Arbeiter nach höheren Löhnen in die Debatte gezogen. Dieses Streben ist durchaus berechtigt. Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß in Ländern mit hoher Kultur die höchsten Löhne gezahlt werden. (Beifall links.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.): Der Grundsatz: Gleiche Arbeit gleiche Löhne, ist nicht völlig gewahrt worden. Leute auf sehr gefährlichen Posten wie Grenzbeamte, Gendarmen usw. sind weniger bedacht als Portiers, Galleriediener usw., bei denen die Schwierigkeit der Stellung doch nur in der kolossalen Langenweile besteht. (Heiterkeit.) Diese Leute haben denn auch meist sehr wohl konditionirte Taillen. (Heiterkeit.) Die höheren Beamten treiben schwerlich mehr Luxus als nothwendig ist. In Berlin wohnen fast alle höheren Beamten drei Treppen hoch. (Heiterkeit.) Ich bin dafür, die Gehälter allgemein zu erhöhen. Die Mittel kommen wir bekommen durch Abschaffung der Lex Huene (Heiterkeit) und Reform der Einkommensteuer. Ich habe dabei vor allem die höhere Besteuerung des Kapitals im Auge. Ich besuche jetzt nicht ohne Nutzen den Reichstag (Heiterkeit) und habe neulich dem Reichskanzler gehört, daß das Heer eine Zwangsversicherung des Volkes gegen Kriegsgefahr ist. Das bringt mich auf den Gedanken, daß die Staats- und Kommunalsteuern eine Zwangsversicherung für alle möglichen angenehmen Dinge im Leben sind. (Heiterkeit.) Ich kann z. B. im Thiergarten spazieren gehen, ohne daß ein Irokese kommt, und mir meinen Skalp nimmt (Heiterkeit). Ich habe Gericht, Gas, kann meine Kinder in die Schule schicken, kann hier auf der Tribüne Gesetzgebung machen. (Heiterkeit.) Die Steuer hierfür ist sehr niedrig. Ich bin außer der Zwangsbesteuerung freiwillig besteuert gegen Hagel und Feuer. Da stellen sich die beiden Nexusnumen wie 100 : 150, ich bin also freiwillig um 50 Proz. höher besteuert als durch den Staat. (Abg. Brömel: Dann sind Sie zu niedrig besteuert! Heiterkeit.) Die Rentiers nun sind zwar nicht gegen Hagel versichert, sind aber dafür die besten Objekte für die Kapitalsteuer. (Heiterkeit.) Ich glaube also, daß die Steuerreform nur Geld für allgemeine Beamtenaufbesserung geben wird, und empfehle den Antrag Burghardt. (Beifall.)

Abg. v. Eynern (nl.): Ich möchte Hrn. Grafen Kanitz bitten, seine Ermahnung zur Sparsamkeit an weitere Kreise zu richten, es würden dann eine ganze Reihe agrarischer Forderungen schwinden. Wie Graf Kanitz bei jeder Gelegenheit den Ruhm der neuen Wirthschaftspolitik feiert, so hat der Abg. Rintelen uns wieder ein Stück Kulturkampf vorgeführt und meinte, die katholischen Orden müßten zurückgeführt werden, um uns ein Beispiel der Sparsamkeit zu geben. Ich habe stets gefunden, daß die Ordensbauten immer sehr luxuriös eingerichtet waren und meine, daß übertriebene Sparsamkeit das größte Unglück eines Volkes ist. Mit dem Antrag Brömel bin ich vollkommen einverstanden. Derselbe tritt durchaus in die Reihe derjenigen Beschlüsse, die wir früher über die Verwendung der 26 Millionen gefaßt haben. Die Nothwendigkeit, die Beamtengehälter aufzubessern, ist allgemein anerkannt. Viele kleine und mittlere Beamten sind viel schlechter gestellt als die Arbeiter, deren Löhne in den letzten Jahren beträchtlich erhöht worden sind. Die Regierung ist durchaus verpflichtet, einen einheitlichen Plan uns vorzulegen, um den Mißständen ein Ende zu machen und nicht zu warten, bis Ueberschüsse wieder vorhanden sind. Die Konsequenz würde sein, wenn wir einmal ein Defizit haben, den Beamten wieder einen Theil ihres Gehaltes abzunehmen. Nehmen Sie daher den Antrag Burghardt an. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Der Antrag Zedlitz betr. die Vermehrung der etatsmäßigen Beamten, der Antrag Rintelen-Dr. Arendt betr. die Dienstalterszulagen bei Volksschullehrern und der Antrag Brömel betr. die Einschränkung des Luxus bei Dienstwohnungen werden angenommen, die übrigen Anträge abgelehnt und die so gestalteten Resolutionen der Budgetkommission schließlich angenommen.

Bezüglich der Petitionen wird den Kommissionsanträgen entsprechend beschlossen.

Das Haus vertagt sich hierauf auf Mittwoch 11 Uhr (Spezialberathung des Nachtragsetats; Gesetzentwurf betr. Bullenhaltung, kleinere Vorlagen; Petitionen.

Schluß 4¼ Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Berlin, 20. Mai. (mtt Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 kg. Loco still. Termine still. Gekündigt 200 t. Kündigungspreis 202 M. Loco 184—202 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 199 M., per diesen Monat 202—,25—201,5 bez., per Mai-Juni 201,25—202—201—,25 bez., per Juni-Juli 201,75—202,25—201,5 bez., per Juli-Aug. und per Aug.-Sept. —,—, per Sept.-Okt. 183—182,75 bez., per Okt.-Nov. —,—.

Roggen per 1000 kg. Loco feine Waare fest. Termine schließen niedriger. Gekündigt 1600 t. Kündigungspreis 157 M. Loco 155—164 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 160 M., per diesen Monat und per Mai-Juni 156,75—157,25—156,5 bez., per Juni-Juli 158,75—159,25—159 bez., per Juli-Aug. 155,5—155 bez., per Aug.-Sept. —,—, per Sept.-Okt. 151,25—151 bez., per Okt.-Nov. —,—. Umsatz vom 19. Mai 155,75 bez.

Gerste per 1000 kg. Still. Große und kleine 135—200 M. nach Qualität. Futtergerste 136—152 M.

Hafer per 1000 kg. Loco fest Termine niedriger. Gekündigt — t. Kündigungspreis —,— M. Loco 162—168 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 169 M., pommerscher mittel bis guter 169—177, feiner 178—183 ab Bahn bez., russischer —, per diesen Monat 168,25—168 bez., per Mai-Juni 164,25—163,5 bez., per Juni-Juli 163—162,5 bez., per Juli-Aug. 160,25 bez., per Sept.-Okt. 142,5 bez., per Okt.-Nov. —,—.

* Magdeburg, 20. Mai. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 192—198 M., Weißweizen —,— M., glatter engl. Weizen 184—190 M., Rauhweizen 182 bis 187 M., Roggen 160—170 M., Chevaliergerste 200—210 M., Landgerste 190—200 M., Hafer 172—184 M. per 1000 kg.

* Leipzig, 20. Mai. Weizen per 1000 kg netto loco inländischer 182—200 M. bez. u. Br., feinster über Notiz, do. ausländ. 210—220 M. nominell. Rustig. Roggen per 1000 kg netto loco inländ. 172—175 M. bez. u. Br., ausländ. 165—170 M. bez. u. Br. Still. Gerste per 1000 kg netto Mahl- und Futtergaare 135—138 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto inländischer 175—178 M. bez. u. Br.

* Danzig, 20. Mai. Weizen loco flau, Umsatz 15,000 Tonnen, bunt und weißfleckig 178, do. hellbunt 181,00, do. hochbunt und glasig 185,50, per Mai-Juni Transit 138,00, per Sept.-Okt. Transit 136,00. Roggen loco flau, inländischer per 120 Pfd. 130,00, do. polnischer oder russischer Transit —,—, do. per Mai-Juni 120 Pfd. Transit 101,50, per Sept.-Okt. 95,50. Gerste loco kleine —, do. loco große —. Hafer loco —.

* Königsberg, 20. Mai. Weizen und Roggen ruhig, loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 146. Gerste unverändert, Hafer ruhig, loco 2000 Pfd. Zollgew. 150,00.

* Hamburg, 20. Mai. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185 bis 196. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russischer loco ruhig, 112—114. Hafer ruhig, Gerste ruhig.

* Breslau, 20. Mai. Roggen per Mai 165,00, per Juni-Juli 165,00, per Sept.-Okt. 152,00.

* Stettin, 20. Mai. Weizen matt, loco 192,00—194,00, do. per Mai 196,00, do. per Juni-Juli 196,00, per Sept.-Okt. 181,00. Roggen ruhig, loco 156,00—158,00, do. per Mai 155,50, do. per Juni-Juli 155,50, per Sept.-Okt. 147,50. Pommerscher Hafer loco 164—168.

* Wien, 20. Mai. Weizen per Frühjahr 7,90 Gd., 7,95 Br., per Herbst 7,62 Gd., 7,67 Br. Roggen per Frühjahr 7,17 Gd., 7,22 Br., per Herbst 6,20 Gd., 6,25 Br. Hafer per Frühjahr 8,30 Gd., 8,35 Br., per Herbst 6,05 Gd., 6,08 Br.

* Pest, 20. Mai. (Telegr.) Weizen loco ruhig, per Mai-Juni 7,74 Gd., 7,76 Br., per Herbst 1890 7,31 Gd., 7,36 Br. Hafer per Herbst 5,56 Gd., 5,68 Br.

* Paris, 20. Mai, (Anfangsbericht. (Telegr.) Weizen träge, per Mai 25,80, per Juni 25,60, per Juli-Aug. 24,50, per Sept.-Dez. 23,90. Roggen ruhig, per Mai 16,25, per Sept.-Dez. 15,25.

* Paris, 20. Mai, nachm., Schlußbericht. (Telegr.) Weizen ruhig, per Mai 25,75, per Juni 25,60, per Juli-Aug. 24,90, per Sept.-Dez. 23,80. Roggen ruhig, per Mai 16,30, per Sept.-Dez. 15,25.

* Antwerpen, 20. Mai. (Telegr.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer belebt. Gerste behauptet.

* Amsterdam, 20. Mai. (Telegr.) Weizen per Mai —,—, per Nov. 200. Roggen per Mai 135 à 134 à 135, per Okt. 123 à 122.

* Hull, 20. Mai. (Telegr.) Sämmtliche Artikel ruhig, unverändert.

* Liverpool, 20. Mai. (Telegr.) Weizen ½ d. niedriger.

* Petersburg, 20. Mai. Weizen loco 10,80. Roggen loco 7,50. Hafer loco 4,75.

* New-York, 19. Mai. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 100½, Weizen per Mai 98½, per Juli 97, per Dez. 96½.

* New-York, 20. Mai. (Telegr.) Anfangsnotirungen. Weizen per Juli 96,00.

* New-York, 20. Mai. (Telegr.) Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 33,000, do. nach Frankreich —,—, do. nach anderen Häfen des Kontinents 14,000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 50,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —,— Ctrs.

* New-York, 19. Mai. (Telegr.) Visible Supply an Weizen 22,695,000 Bushels.

Kaffee.

* Hamburg, 20. Mai. Kaffee ruhig, Umsatz 2300 Sack.

* Hamburg, 20. Mai, vorm. 11 Uhr. Good average Santos per Mai 85½, per Sept. 83½, per Dez. 78, per März 1891 76½. Behauptet.

* Hamburg, 20. Mai, nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos per Mai 85½, per Sept. 83½, per Dez. 78, per März 1891 77. Ruhig.

* Amsterdam, 20. Mai. Java-Kaffee good ordinary 52½.

* Rotterdam, 20. Mai. (Telegr.) Die heute von der niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffeeauktion eröffnete für Nr. 1 zu 55½ à 56½, Nr. 3 55 à 55½, Nr. 4 54½, Nr. 7 54, Nr. 8 63 à 63½, Nr. 9 59½ à 59½, Nr. 11 54½, Nr. 14 27½ à 28½, Nr. 15 52½ à 53.

* Havre, 20. Mai. Rein 10 Uhr — M. (Telegramm von Weimann, Ziegler & Comp.) Kaffee in New-York schloß mit 5 Points Baisse. Rio 6000 Sack, Santos 2000 Sack, Recettes für 2 Tage.

Damen-Blousen — Neuheiten der Saison — in Satin, Cattun, Seide und Wollmousseline Mark 1,25. Mark 1,75. Mark 2,00 bis Mark 7,50. J. Lewin, 4 Markt 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900522024/fragment/page=0003

* Havre, 20. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Weimann, Kleyer & Comp.) Kaffee good average Santos per Mai 108,00, per Sept. 104,50, per Dez. 97,00. Fest.

* New-York, 19. Mai. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 19¾, Rio Nr. 7, ow ordinary per Juni 16,07, per Aug. 15,87.

Zucker.

Magdeburger Börse.

I. Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchsteuer.

	19. Mai.		20. Mai.	
feine Brodraffinade	27,75–28,00	M.	27,75–28,00	M.
Gem. Raffinade I.				
Gem. Raffinade II.	26,75–27,25	„	26,75–27,25	„
Gem. Melis I.	26,00–26,25	„	26,50	„
Krystallzucker I.	26,50	„	—	„
Krystallzucker II.	—,—	„	—,—	„

Tendenz am 20. Mai vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchsteuer.

	19. Mai.		20. Mai.	
Granulirter Zucker				
Korng. Rend. 92%	16,70–16,95	M.	16,70–16,85	M.
„ „ 88%	15,80–16,75	„	15,90–16,15	„
Nachpr. „ 75%	12,00–13,60	„	12,00–13,50	„

Tendenz am 20. Mai vormittags 11 Uhr: Unverändert, fest.

II. Terminpreise für Rohzucker I. Produkt:

abzüglich Steuervergütung.

a. frei auf Speicher Magdeburg.

Notirtes.

b. frei an Bord Hamburg.

Mai 12,25 G., 12,37½ Br. Okt.-Dez. 12,00 Br., 11,92½ G.
Juni 12,32½ G., 12,37½ Br. Nov. 11,95 bez.
Juli 12,42½ Br. 12,40 G. Nov.-Dez. 12,00 Br.
Aug. 12,45 bez. G., 12,50 Br. Jan.-März 12,00 Br.
Sept. 12,50 Br. März 12,20 Br.
Okt. 12,00 Br.

Tendenz: Ruhig.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Blankdattionspreise am 20. Mai.

Mittags 11½ Uhr, frei auf Speicher Magdeburg.			frei an Bord Hamburg.	Abends 6 Uhr, frei auf Speicher Magdeburg			frei an Bord Hamburg.
Mai	12,05	M.	12,35	M.	Mai	12,05	M. 12,35 M.
Juni	12,02½	„	12,32½	„	Juni	12,02½	„ 12,32½ „
Juli	12,10	„	12,40	„	Juli	12,10	„ 12,40 „
August	12,15	„	12,45	„	August	12,15	„ 12,45 „
September	11,90	„	12,20	„	September	11,90	„ 12,20 „
Oktober	11,62½	„	11,92½	„	Oktober	11,62½	„ 11,92½ „
November	11,62½	„	11,92½	„	November	11,62½	„ 11,92½ „
Dezember	11,62½	„	11,92½	„	Dezember	11,62½	„ 11,92½ „
Jan. 1891	—,—		—,—		Jan. 1891	—,—	—,—
Febr. 1891	—,—		—,—		Febr. 1891	—,—	—,—
März 1891	11,85	„	12,15	„	März 1891	11,85	„ 12,15 „

Zucker-Blankdattionskasse.

* Hamburg, 20. Mai. (Vormittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per Mai 12,55, per Aug. 12,52½, per Okt. 12,00, per Dez. 12,02½. Ruhig.

* Hamburg, 20. Mai. (Nachmittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Mai 12,52½, per Aug 12,45, per Okt. 11,95, per Dez. 11,97½. Matt.

* Paris, 20. Mai. Anfangsbericht. (Telegr.) Rohzucker 88% ruhig, loco 31,00. Weißer Zucker ruhig. Nr. 3 per 100 kg per Mai 34,50, per Juni 34,50, per Juli-Aug. 34,75, per Okt.-Jan. 33,10.

* Paris, 20. Mai. Schlußbericht. (Telegr.) Rohzucker 88% ruhig, loco 31,00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 kg per Mai 34,25, per Juni 34,30, per Juli-Aug. 34,60, per Okt.-Jan. 33,00.

* London, 20. Mai. (Telegr.) 96% Javazucker 14¾, träge. Rübenrohzucker neue Ernte 12¾, träge. Centrifugal Cuba —.

* Antwerpen, 19. Mai. Sofort 30,25 Frcs., per Juni-Juli 30,25 Frcs., per Okt.-Dez. 29,50 Frcs.

* New-York, 19. Mai. (Telegr.) (Fair refining Muscovados) 4⅞.

Samereien.

* Petersburg, 20. Mai. (Telegr.) Leinsaat loco 13,00.

Spiritus.

* Berlin, 20. Mai. (Amtlich). Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% = 10,000 l%, nach Tralles. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco ohne Faß 54,8 bez., per diesen Monat —,— bez., per März-April —,— bez., per April-Mai —,— bez., per Juni-Juli —,—, per Juli-Aug. —,— bez., per Aug.-Sept. —,— bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 l. à 100% = 10,000% nach Tralles. Gekündigt — l. Kündigungspreis —,— M. Loco ohne Faß 35,1–34,9 bez., per diesen Monat —,— M., per Aug.-Sept. —,— bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l. à 100% = 10,000% nach Tralles. Gek. —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Faß —,— M., per diesen Monat —,— bez., Durchschnittspreis —,— M.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matter. Gekündigt 30,000 l. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Faß —,— bez., per diesen Monat 34,8—,4 bez., per März-April und per Juni-Juli 34,9—,3 bez., per Juli-Aug. 35,1—34,9 bez., per Aug.-Sept. 35,5—,3 bez., per Sept.-Okt. 35,8—,7 bez., per Okt.-Nov. 34—33,9 bez.

* Magdeburg, 20. Mai. Kartoffelspiritus für 10,000 l% loco ohne Faß 54,80—55,20 M. bei 50 M., 35,40 bei 70 M. Steuerumschlag.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 20. Mai. (Hermann Walther.) Kartoffelspiritus fest, loco ohne Faß unverzollt bei 50 M. Verbrauchsabgabe 54,80 bis 55,20 M. bezgl. bei 70 M. Verbrauchsabgabe 35,40 M. Ab Speicher unter freier Verhaltung der Gebinde wenig gehandelt.

* Stettin, 20. Mai. Spiritus per 10,000 l% ohne Faß mit 50 M. Verbrauchsabgabe 54,50 M. nominell, mit 70 M. do. 35,10 M. nominell.

* Danzig, 20. Mai. Per 10,000 l% loco kontingentirter 53,00, nichtkontingentirter 33,50.

* Königsberg, 20. Mai. Per 100 l 100% loco 54,00, per Mai 54,00, per Juni 54,00.

* Posen, 20. Mai. Spiritus loco ohne Faß (50er) 53,20, do. do. (70er) 33,40. Behauptet.

* Stettin, 20. Mai. Spiritus fest, loco ohne Faß mit 50 M. Konsumsteuer 54,50, mit 70 M. Konsumsteuer 34,70, per Mai-Juni mit 70 M. Konsumsteuer 34,60, per Aug.-Sept. mit 70 M. Konsumsteuer 35,10.

* Breslau, 20. Mai. Spiritus ruhig, per Mai-Juni 21¾ Br., per Juni-Juli 22¼ Br., per Aug.-Sept. 23¼ Br., per Sept.-Okt. 23½ Br.

* Breslau, 20. Mai. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Mai 33,30, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Mai 33,50, do. do. per Mai-Juni —,—, do. do. per Aug.-Sept. 34,50.

* Paris, 20. Mai. (Anfangsbericht.) Spiritus ruhig, per Mai 36,50, per Juni 37,00, per Juli-Aug. 37,25, per Sept.-Dez. 38,00.

* Paris, 20. Mai. (Schlußbericht.) (Telegr.) Spiritus träge, per Mai 36,25, per Juni 36,75, per Juli-Aug. 37,25, per Sept.-Dez. 37,75.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 20. Mai. (Amtl.) Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine höher. Gekündigt 3300 Ctr. Kündigungspreis 72,6 M. Loco mit Faß —,—. Loco ohne Faß — M., per diesen Monat 72,5—,4—,3 bez., per Mai-Juni 67,8—68,4 bez., per Juni-Juli —,— per Sept.-Okt. 55,3—,5—,4—,3 bez., per Okt.-Nov. 54—,4 bez.

* Leipzig, 20. Mai. Rapsöl per 100 kg netto 13,00—13,50 M. Br. Rüböl per 100 kg netto ohne Faß 69,50 M. bez. Behauptet.

* Stettin, 20. Mai. Rüböl fest, per Mai 71,00, per Sept.-Okt. —,—.

* Breslau, 20. Mai. Rüböl per Mai 73,00, per Sept.-Okt. 61,00.

* Köln, 20. Mai. Rüböl loco 71,50, per Mai 69,70, per Okt. 58,90.

* Hamburg, 20. Mai. Rüböl (unverzollt) fest, loco 71,00.

* Paris, 20. Mai. (Anfangsber.) (Telegr.) Rüböl behauptet, per Mai 69,75, per Juni 69,75, per Juli-Aug. 69,25, per Sept.-Dez. 65,50.

* Paris, 20. Mai. (Schlußbericht.) (Telegr.) Rüböl fest, per Mai 70,00, per Juni 70,00, per Juli-Aug. 69,25, per Sept.-Dez. 68,00.

* Pest, 20. Mai. (Telegr.) Kohlraps per Aug.-Sep. 11½ à 11¾.

* Petersburg, 20. Mai. (Telegr.) Talg loco 47,00, per Aug. 43,00.

* New-York, 19. Mai. (Telegr.) Schmalz loco 6,45, do. (Rohe & Brothers) 6,75.

Petroleum.

* Berlin, 20. Mai. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. Gekündigt —,— kg. Kündigungspreis —,— M. Termine behauptet, per diesen Monat — M., per April-Mai —,— bez. Durchschnittspreis —,— M.

* Stettin, 20. Mai. Loco 11,75.

* Hamburg, 20. Mai. Petroleum fest, Standard white loco 6,90 Br., —,— Gd., per Aug.-Sep. 7,30 Br., —,— Gd.

* Bremen, 20. Mai. (Schluß.) Petroleum stetig, Standard white loco 6,90 Br.

* Antwerpen, 20. Mai. (Telegr. [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 17½, bez. und Br., per Mai 17¾ Br., per Aug. 17½ bez. u. Br., per Sept.-Dez. 17⅞ bez. u. Br. Steigend.

* New-York, 19. Mai. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7,30 Gd., do. Philadelphia 7,30 Gd. Rohes Petroleum in New-York 7,40, do. Pipe line Certificates per Juni 93¾. Fester.

* New-York, 20. Mai. Petroleum. (Telegr.) Petroleum (Anfangsberichte.) Pipe line certificates per Juni 94.

Butter. Eier. Fleisch.

* Berlin, 19. Mai. (Pol.-Präs.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,50, Bauchfleisch 0,90—1,30, Schweinefleisch 1,10—1,60, Kalbfleisch 1,00—1,60, Hammelfleisch 1,00—1,40, Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg., Eier 2,20—3,60 M. per 60 Stück.

* Nordhausen, 20. Mai. Rindfleisch (Keule) 1,50—1,60, do. (Bauchfl.) 1,10—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 0,90—1,00, Hammelfleisch 1,00—1,10, Speck (geräuch.) 1,80—2,00, Butter 2,00, Eßbutter 2,40—2,60, der 1 kg., Eier 0,90—0,93 M. Käse 3,50 M. per 60 Stück.

Leipziger Börse vom 20. Mai.

St.	Kgl. Sächs.		M.
3	Renten-Anl.		
3	do.	100,00	93,60 G
3	do.	500	94,00 B
		Thlr.	
3½	Staats-Anl. 1855	100	96,00 G
3½	do. 1847	500	100,40 B
4½	do. 1870	100	100,60 G
4	do. 67 abs⁷⁄₁₀	500	101,00 G
4½	Landrentenbr.	500	99,80 G

St.	Kgl. Sächs. Eisend.-St.-Akt.		M.
9½	Altenburg-Zeitz	185,00 G	
21⅔	Aussig-Teplitz	401,50 B	
7½	Böhm. Westb. (5%ab.	147,00 G	
4	Buschtehrad. Lit. A.	192,50 bzG	
7½	do. do. B.	192,50 G	
7½	Dux-Bodenbach	204,00 G	
	Eisend.-St.-Akt.		
8½	Altenburg-Zeitz	161,75 B	
7½	Dux-Bodenb. Lit. A.	—,—	
7½	do. do. B.	—,—	
	Bank- u. Kred.-A.		
12	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	202,50 B	
11	Dresdener Bank	149,25 G	
6	Gerner Bank	90,00 G	
6	do. Hdls.- u. Krdb.	—,—	
6	Gothaer Privatbank	116,25 G	
7½	Leipziger Bank	123,25 B	
4½	do. Kassen-Verein	103,00 G	
5	Sächs. Bank	113,50 G	
8½	Weimar. Bank, abgst.	—,—	
8	Zwickauer	112,00 B	
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.		
6	Chemn. Werkz.-St.-Pr. (Zimmerm.)	122,50 B	
6	Cröllw. Papierfabr.	156,00 G	
—	5% do. Schuldverschr.	100,50 B	
0	Dorfwolp.-Stattm.	72,00 G	
0	D. A. B. W. (Gummerm. u. Siter) Vorz.-St.	69,75 bzG	
4½	Gerner Zuckerp. u. B.	102,50 B	
10	Germania (Schw. u. Sohn)	138,00 G	
6	Hallesche Straßen-B.	4	101,00 B
2	Kettelschl.-Gel.-Akt.	76,00 G	0 do. Gold 101,00 B
5	Körbisdr. Zuckerfabr.	96,50 G	5 Prag-Turnau 93,00 G

St.	Kgl. Sächs.		M.
4	Mannsf. Gw. 1882		
4½	do.	500	102,15 B
4	do. 1879		—,—
4	do. Em. 1875		102,00 B
4	Lpz. Stadtobl. 1884		104,00 bz
4½	do. 1876		101,50 B
3½	Kttb. Landschl.	1000	100,50 B
3½	do. do.	5000	100,50 B

Div.			
7½	Leipz. Baubank		127,00 G
11	do. Bierbr. u. Kend.-mlg. v. Riebeck & Co.		184,75 bz
15	Lpz. Kammgarnsp.		205,00 B
8	do. Malzf. Schlend.		148,00 G
fo.	Mansfelder Kupr		
75 Pr.		p. St. Pr.	730,00 bzG
0	Sächs. Kammgarnsp. (Golbrig)		68,50 B
10	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)		158,00 B
3	Sächs. Webstühlafbr. (Schönherr)		278,00 G
9	Thür. Gadgel. Lpz.		158,75 B
9	do. Stamm-Pr.		161,00 B
9	S.-Thür. Br.-W. St.		155,00 B
9	do. St.-Prior.		155,00 B
5	Zeitzer Par.-u. S. Kt.		103,00 B
—	do. do. Oblig.		104,75 B
5	Westerregeln, Part.-Oblig.		102,60 G
7½	Zuckerfabrik Glauzig		105,60 G
12	Zuckerraffinerie Halle		153,00 bzG
	Ausl. Eis.-St.-Akt.		
4	Aussig-Teplitzer		102,60 G
5	Böhm. Nordbahn		98,00 G
4	do. do. Gold		101,00 B
5	Buschtehr. [B. Stbw.		91,25 G
5	do. Em. 1871		91,95 G
5	do. do. 1872		91,95 G
4½	do. Gold		104,25 B
5	Dux-Bodenbach		90,50 G
5	do. Em. 1871		92,50 G
5	do. do. 1874		107,00 B
4½	Graz-Köflacher		86,50 G
5	do. Em. v. 1871 u. 72		88,10 G
4	Kaschau-Oderberg		80,00 G
4	Prag-Duxg. Gold		101,00 B
0	do. Gold		107,00 B
5	Prag-Turnau		93,00 G

Berliner Börse,

20. Mai.

Preußische und Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anl.	4	107,75 G	
do. do.	3½	101,40 bzB	
Preuß. konf. St.-Anl.	4	106,60 bz	
do. do.	3½	101,50 B	
Staats-Schuldscheine	3½	100,00 bzG	
Staats-Pr.-Anl. 1855	3½	164,00 bz	
Barmer Stadt-Anleihe	3½	98,90 B	
Berl. Stadt-Obligation.	3½	100,00 B	
Bremer Anleihe	3½	100,10 G	
Breslauer Stadt-Anleihe	3½	99,75 B	
Hamburger Staatsanl.	3	90,40 bz	
do. Rente	3½	100,20 B	
Mainzer Stadt-Anl.	3½	—,—	
Sächsische Staatsrente	3	93,50 bzG	
do. Staatsanleihe	4	—,—	
Westpreuß. Prov.-Anl.	3½	—,—	
Provinzial-Pfandbriefe			
Landschaftl. Central	4	103,25 B	
do. do.	3½	99,20 B	
do. do.	3	89,50 B	
Posensche, neue	4	101,50 G	
Sächsische	4	—,—	
Ostpreuß. Pfandbr.	3½	98,80 bzG	
Westpreuß. do.	3½	99,10 B	
Rentten-Briefe			
Pommersche	4	104,20 B	
Posensche	4	103,40 B	
Preußische	4	103,40 B	
Sächsische	4	103,40 B	
Schlesische	4	103,40 B	

Bad. Prämi.-Anl. 1867	4	142,00 B	
Bairische Prämien-Anl.	4	145,40 G	
Braunschwg. 20 Thlr.-L.	—	165,70 B	
Deffauer Prämien-Anl.	3½	140,75 G	
Gothaer Prämi.-Pr.-A.-S.	3½	141,00 B	
Lübecker Prämien-Anl.	3½	135,50 B	
Meininger Pr.-Pfdbr.	4	131,75 B	
Meininger Loose	—	27,70 B	
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	131,60 G	

In- und ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.

Anhalt.-Dess. Pfdbrfe.	4	101,75 B	
Deutsche Grundschr.-B.	4	101,60 bzG	
do. do.	3½	98,60 bzG	
do. Hyp.-B. (Berl.)	4	101,10 bzG	
do. do. (Perin.)	4	101,50 bzG	
Gothj. Pr.-Pfdbr. I. abg.	3½	114,75 bzG	
do. do. II. abg.	3½	109,00 bzG	
do. III. 1/10 ab 110 abg.	3½	98,90 bzG	
do. IV. 1/10 ab 110 abg.	3½	98,25 G	
do. V. do. abg.	3½	98,00 G	
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	101,75 bz	
Jb. Hendel, Bergw.-Obl.	4	103,60 G	
Pomm. Hyp.-Akt.-Bank	4	91,10 bzG	
do. do. neue, gar.	4	99,50 bzG	
do. do. (5% ruckz.)	3½	94,00 G	
Pr. Bodenkr.-B.-Sch. unk.	5	113,30 B	
do. Ser. III.	5	107,00 G	
do.	4	100,80 bzG	
do.	3½	97,25 G	
Preuß. Cent.-Bod.-Kr.	4	101,50 G	
do. do.	3½	97,25 G	
do. G.-B.-Com.-Obl.	3½	97,10 G	
do. Hyp.-B.-Pf. VI.	5	—,—	
do. div. Ser. tz. 100	4	101,70 bzG	
do.	3½	98,00 bzG	
Rheinische Hyp.-Bank	3½	98,30 G	
Sächs. Bodencrdit.	4	101,70 bzG	
Russ. Bodencr.-Pfdbr.	5	109,50 B	
do. do.	4½	99,75 bzG	
Ro. Centr.-Bodcr.-Pf.	5	88,00 bzG	

Ausl. Staats- u. Komm.-Papiere.			
Argentinische Anleihe	5	87,80 bzB	
do. do.	4½	79,10 bz	
Buenos-Aires Gold-A.	4½	—,—	
Bukarester	5	96,40 bzG	
Egyptische Anleihe	4	98,20 bzB	
do. do.	5	105,30 bzG	
Finnländer Loose	3	60,20 G	
Griechische Gold-Anl.	5	94,25 bzB	
Italienische Rente	5	96,10 bzG	
Ital. Makl.-Pfdbr. stfr.	4	86,70 G	
Kopenhagener Stadt-A.	3½	—,—	
Lissabonner Stadt-Anl.	6	79,20 bzG	
Norwegische Anleihe	4	3·	
Oesterreich. Papierrente	4½	—,—	
do. Silberrente	4½	77,80 B	
Oesterreich. Gold-Rente	4	85,20 G	
do. Kredit 1858	—	332,50 B	
do. 1860er Loose	5	123,50 bzG	
do. 1861er Loose	—	114,90 B	
Portugiesische Anl. 1888	4½	93,80 bzG	
Rumänische II/V. St.-A.	4	89,30 B	
Rumänische St.-Rente	6	102,90 bzG	
do. fund.	5	102,00 bzG	
do. amort.	5	99,00 B	
do. St.-Rente	4	85,80 B	
Russ. konf. Anleihe 1880	4	97,30 bz	
do. do. I. Ctlp.-Anl.	6	97,80 B	
do. do. II. do.	4	97,90 B	
do. Orient-Anl. II.	5	71,50 bz	
do. do. III.	5	72,50 B	
do. Pr.-Anl. 1864	5	165,00 bz	
do. Pr.-Anl. 1866	5	155,00 B	
Russ. Gold-Rente 1883	6	103,10 bzG	
do. do. (stempelpfl.)	5	106,10 bz	
Russ.-Poln. Schatzanw.	4	95,75 bzG	
Russ. Nikolai-Obligs.	4	97,50 G	
Schwed. Hypoth.-Pfdbr.	4½	102,75 bzG	
do. do.	4	101,80 bz	
do. Rente	3	—,—	
do. Anleihe	3½	99,40 B	
Serbische amort. Rente	5	87,25 bzG	
do. neue Tab. 85	5	87,50 bzG	
Türkische Zoll-Obligs.	5	90,50 bzG	
do. fund. Anleihe	1	19,10 bzG	
Türkenloose	—	81,60 bzG	
Ungar. Gold-Rente	4	90,10 bz	
do. do. mittel	4	90,40 B	
do. Gold-Zinn.-A.	4½	100,60 bzG	
do. Papier-Rente	5	85,00 B	
do. St.-Ed.-Gold-A.	4½	101,40 bzG	
do. do. Silber-A.	4½	83,20 B	
Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.			
Dortm.-Gnichede	4½	114,00 B	
Marienb.-Mlawka	5	113,40 bzG	
Ostpr. Südbahn	5	115,75 bzG	
Saalbahn	5	113,60 bzG	
Weimar-Gera	5	102,00 bzG	
Eisenbahn-Stamm-Aktien.			
Aachen-Mastricht	2½	75,30 G	
Altenbg.-Zeitz	0	—,—	
Dortmund-Gnichede	3½	94,20 bzB	
Eutin-Lübeck	1	54,00 bzG	
Frankf. Güterb.	½	78,50 bzG	
Freiseler	4	100,10 bzG	
Reichs-Eisenbahnen	0	45,00 B	
Ludwigshaf.-Berbach	9½	—,—	
Lübeck-Büchen	7½	178,50 bzG	
Mainz-Ludwigshaf.	4½	119,00 bzG	
Marienb.-Mlawka	3	67,40 bzB	
Mecklenb. Friedr.-Fr.	6½	168,25 bzG	
Niederwaldbahn	2½	74,00 bzG	
Ostpreuß. Südbahn	3	101,50 bzG	
Saalbahn	½	47,50 bzB	
Weimar-Gera	0	26,30 bzG	
Werrabahn	3	87,50 bzG	

Russisch-Teplitz	18½	400,50 B	
Böhmische Nordbahn	7	128,20 B	
do. Westbahn	7½	151,40 B	
Buschtehrader Bahn	7½	192,40 B	
Dux-Bodenbach	7½	205,60 B	
Galiz. Karl-Ludwigbb.	4	84,70 bzB	
Gotthardbahn	6	—	
Graz-Köflach	7	109,70 B	
Ital. Mittelmeerbahn	5½	115,25 bzG	
Kaiserin-Elisabeth-Bahn	5	103,30 bzG	
Kaschau-Oderberg	4	71,50 bzG	
Kronprinz Rudolfb. gar.	4½	69,00 bzG	
Kursk-Kiew	5	—,—	
Lemberg-Czernowitz	6½	100,00 bzG	
Lüttich-Limburg	0	32,80 bzG	
Oestr. Lokalbahnen	4	64,50 B	
do. Nordwestbahn	4½	90,10 B	
do. Lit. B. (Elbethal)	5	102,80 B	
do. Staatsbahn	3	97,10 B	
Raab-Oedenburg	1	29,90 B	
Reichenb.-Pardubitz	5	75,75 bzG	
Russische Gr. E.-B.	7	79,20 B	
do. Südwestbahn	7	79,20 B	
Schweizer Central	5½	—,—	
do. Union	4½	—,—	
Südbahn. (Lombardische)	1	60,30 B	
Warschau-Terespol	5	103,75 B	
Warschau-Wien	15	214,50 B	
Westfälicianische	4	72,00 G	

Bank-Aktien. (Einzen zu 4%.)

Aachener Diskonto-Gel.	4½	100,75 bzG	
Bank f. Sprit-Fabrik.	3½	69,75 G	
Berg.-Märkisch. Bank	7	118,00 bzG	
Berliner Kassen-Verein	6	135,00 G	
do. Handels-Ges.	12	165,30 bzG	
do. Unterneh.-Akt.	6	115,50 bzG	
do. Wechselverein	10	131,00 G	
Börsen-Handelsverein	12	161,50 G	
Braunschweig. Bank	5½	105,75 G	
do. Kreditanstalt	6	110,00 G	
Bremer Bank	4½	—,—	
Breslauer Diskonto-Bk.	7	107,70 bzG	
do. Wechsler-Bank	7	106,90 bzG	
Danziger Privatbank	8½	—,—	
Darmstädter Bank	10½	158,10 B	
Darmstädter Zettelbank	4	—,—	
Deutsch. Reichs (neue)	4	—,—	
do. Landesbank	8½	—,—	
Deutsche Bank	10	165,00 bzG	
do. Gef.-B. Hahn Schpr.	11	127,75 B	
do. Genossenschb.	8	129,70 bzG	
do. Hypothekenbank	6½	115,50 G	
do. Hyp.-B. (60proj.)	6½	112,80 bzB	
do. Nationalbank	5½	—,—	
Diskonto-Gesellschaft	14	220,30 B	
Dresdener Bank	11	149,40 bzG	
do. Bankverein	8	124,50 G	
Gerner Bank	6	89,00 bzG	
do. Hdls. Kred.-B.	6	102,60 bz	
Gothaische Zettelbank	6	116,10 G	
Hann. Grdn.-Kredit-Bk.	0	86,00 bzG	
do. do. junge (40pr.)	0	94,10 bzG	
Hannoversche Bank	5	114,50 G	
Leipzig Gotha Kred.-Ges.	8	115,10 bzG	
Leipziger Kredit-Anstalt	12	201,50 G	
Magdeb. Bankverein	6	114,50 bzG	
do. Privatbank	5½	118,75 G	
Mecklenburg. Bank	9	116,50 bzG	
Meiningen. Hyp.-B. 40pr.	5	104,10 bzG	
Mitteldeutsche Kreditbk.	7	110,50 B	
Nationalbk. f. Deutschl.	10	132,75 bz	
Nordbeutsche Bank	12	169,00 bzG	
do. Grundkreditbank	4	86,00 bzG	
Oestr. Kredit-Anstalt	10¾	163,80 B	
Petersb. Diskonto-Bk.	19	—,—	
Petersb. Int. Handelsbk.	15	—,—	
Pommersche Hyp.-Bank	0	13,00 bzG	

Pomm. Hyp. conv. neue	—	90,25 bzG	
Preuß. Bod.-Kred.-A.	6½	121,00 bzG	
do. Ctr.-Bod. (50%)	10	156,10 G	
do. Hyp.-Akt.-Bank	6½	121,00 G	
do. Hyp.-Sch.-G. 25%	8	112,10 G	
do. Leihphans	10	114,75 G	
Reichsbank (4½ proz.)	7	146,00 B	
Rostocker Bank	4½	80,50 G	
Russische Bank f. a. H.	6½	73,40 bz	
Sächsische Bank	5	114,50 bz	
Vereinsbank Berlin	0	46,00 bzG	
Warschauer Diskontobank	8½	81,50 bz	
Weimarische Bank konb.	8½	135,50 bz	
Westfälische Bank	6½	115,25 G	
Wiener Bankverein	8	—	

Eisenbahn-Obligationen.

Berg.-Märk. III. A. 3 g	3½	99,90 bzG	
Braunschw. Eisenb.-Pr.	4½	—,—	
Holst. Marsch.	4	—	
Magdeb.-Wittenberge	3	90,25 bzG	
Mainz-Ludw. gar. konb.	4	—,—	
do. 1878er	4	102,50 bz	
do. 1874er	4	—	
Mecklenb. Friedr. Frz.	3½	—	
Oberschles. gar. Lit. E	3½	99,50 bzG	
Ostpreußische Südbahn	4½	—,—	

Eisenbahn-Prioritäten

zum Bezug von 3½% Konsols

4% ifd. Zinsen bis 1/1. 90		— —	
„ do. bis 1/4. 90		— —	
„ do. bis 1/7. 90		101,10 G	

Altrechtsbahn garantirt	5	— —	
Böhmische Nordb. Gold	4	101,20 bz	
Buschtehrader Gold	4½	— —	
Dux-Bodenbach II	5	90,40 G	
„ „ III	5	— —	
Dux-Prag	5	107,10 B	
Galiz.-Karl-Ludwigbb.	4½	86,10 bzG	
Italienische Eis.-Obl.	3	58,90 bzG	
Kaschau-Oderberg	4	80,10 G	
„ Gold	4	98,10 G	
Kronprinz Rudolf 84	4	83,75 G	
Lemberg-Czernow. IV.	4	— —	
Oesterr.-Jtrg. Stb., alte	3	83,40 B	
do. do. 1874	3	81,90 G	
do. Erzg.-Rey. neue	3	83,00 B	
do. Gold-Rt.	4	100,90 bzG	
Oesterr. Stbb. Spr. 1885	3	77,70 bz	
do. Nordwestbahn	5	92,75 G	
do. 1874r. Gold-Spr.	5	107,90 G	
Pfälzer-Prieser	4	—,—	
Südöstr. Bahn (Lomb.)	3	65,60 bzB	
do. Oblig.	5	104,40 bzB	
Ungar. Nordostbahn	4	87,60 bz	
do. do. Gold	5	102,50 B	
do. Ostbahn I.	5	—,—	
do. do. II.	5	—,—	
Portugiesl. Eis.-Obl. gar.	4½	93,60 B	
do. do. neue	4½	97,20 bz	

Transkaukasische	3	79,70 bzG	
Warschau-Bromberg gar.	4	94,20 bzG	
Warschau-Wien IV.	5	101,70 bzG	
do. V.	5	101,70 bzG	
Zarskoe-Selo	5	94,25 G	
Oeste de Minas	5	92,25 bz	
Central Pacific